

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.5 - 61. Jahrgang

5. März 2011



Berliner SPD verteilt
27.000 Rosen

Der 100. Internationale Frauentag am 8. März wird in Berlin mit zahlreichen Veranstaltungen gefeiert. Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen und die Berliner SPD verteilen 27.000 Rosen in der Stadt und einen Sonderdruck des VorwärtsBerlin.

Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit wird am 8. März im Rathaus Wilmersdorf den Preis „Frauenfreundliches Wilmersdorf“ an Bürgermeisterin Monika Thiemen überreichen. Die Frauen der SPD-Abteilung 98 Charlottenburg-Wilmersdorf wollen 120 Jahre nach dem Erfurter SPD-Parteitag und am 100. Weltfrauentag sowohl auf die immer noch bestehenden Diskriminierungen von Frauen hinweisen, als auch mit Monika Thiemen eine Person ehren, die sich für Frauenrechte und die Verwirklichung von Partnerschaft in der Gesellschaft einsetzt. Unter dem Motto „Frauenfreundliches Wilmersdorf“ soll zukünftig alle zwei Jahre am Weltfrauentag eine Person in Berlin-Wilmersdorf ausgezeichnet werden, die erkennbar ein partnerschaftliches und gleichberechtigtes Miteinander von Frauen und Männern fördert.

Rosen verteilt die SPD am 100. Internationalen Frauentag in nahezu allen größeren Einkaufsstraßen und vor vielen Bahnhöfen. Mit dabei sind die Berliner Bundestagsabgeordneten, viele Berliner Abgeordnete und Bezirkspolitiker.

BS □

➔ siehe auch Seite 3

Guttenberg-Affäre:

Der Wissenschaft geschadet Thierse: „Rücktritt war unausweichlich“

Als einen „unausweichlich notwendigen Schritt, wenn auch mit großer Verspätung“ hat Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse den Rücktritt von Bundesverteidigungsminister zu Guttenberg bewertet.

„Die Bundeskanzlerin hat auf fatale Weise an ihm festgehalten“, so Thierse. „Sie hat einen großen Fehler gemacht, wenn sie geglaubt hat, Lug und Trug sei Privatsache. Das dürfte dem Ansehen des Wissenschaftsstandorts Deutschland schwer geschadet haben.“

Über 62.000 Unterstützer aus Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen hatte zuletzt ein offener Brief an die Bundeskanzlerin gefunden. Darin heißt es: „Redliche und innovative Wissenschaft ist eine Grundlage des Wohlstands in unserem Land. Wenn der Schutz von Ideen in unserer Gesellschaft kein wichtiger Wert mehr ist, dann verspielen wir unsere Zukunft.“ Enttäuscht zeigten sich die Initiatoren von der Rücktrittserklärung zu Guttenbergs. Darin habe er „sich erneut kaum mit seinem eigenen Fehlverhalten beschäftigt, das sich nicht in der massiven Täuschung



Für fehlende Fußnoten zeigten sie Schuhe als Zeichen des Protests: Klaus Staack und Rolf Wiegand bei einer spontanen Aktion am vergangenen Wochenende. Foto: Jänen

in seiner Dissertation erschöpft, sondern auch seinen Umgang mit ihr umfasst“. Ein Sprecher der Initiative: „Unser Anliegen hat sich mit dem Rücktritt des Bundesministers der Verteidigung nicht erledigt.“

Schwere Fehler in der Affäre um den zurückgetretenen Verteidigungsminister hat der SPD-Vorsitzende Gabriel der Bundeskanzlerin vorgeworfen. Sie habe in der Bewertung die moralische Orientierung verloren, so Gabriel. Und: „Sie muss wissen, dass Minister nicht über dem Gesetz stehen.“

BS □

Verfassungsgericht eingeschaltet

SPD-Länder: Klage gegen längere Atomlaufzeiten eingereicht

Fünf SPD-geführte Länder, darunter Berlin, haben am Montag vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe Klage gegen die Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke eingereicht. Die Kläger halten es für unzulässig, dass die Bundesregierung bei ihrem Gesetzesvorstoß im vergangenen November den Bundesrat nicht in den Entscheidungsprozess einbezogen hat.

Bundesländer, in denen AKWs liegen, werden mit den schwarz-gelben Atombeschlüssen zusätzliche Aufgaben der Kontrolle und Überwachung aufgebürdet. Dafür aber hätte es einer Zustimmung durch die Länderkammer bedurft, argu-

mentieren die Kläger. Längere Laufzeiten für die 17 deutschen Meiler festigen zudem

IN DIESER AUSGABE:

PAZIFIST AUS ERFAHRUNG	S. 4
TISCHDECKEN VOLLER IDEEN	S. 8
MINDESTLOHN FÜR KÜNSTLER	S. 9
TRAUER UM DIETRICH STOBBE	S. 13

die Marktmacht der Atomkonzerne Eon, RWE, Vattenfall und EnBW und behindern den Ausbau mit umweltfreundlicher Technologie. Deshalb wollen auch die Bundestagsfraktionen von SPD und Grünen eine eigene Klage vor dem Bundesverfassungsgericht einbringen.

PM □



Barbara Kisseler, bislang Chefin der Berliner Senatskanzlei, ist vom künftigen Hamburger Bürgermeister Olaf Scholz als neue Kultursenatorin von Hamburg vorgeschlagen worden. Dass die parteilose Kulturexpertin, die Theaterwissenschaft, Film- und Fernsehwissenschaft, Germanistik und Pädagogik studiert hat, hoch geschätzt wird, hatte bereits SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier deutlich gemacht, der Barbara Kisseler am 30. Juli 2009 in sein Kompetenzteam berufen hatte. Die Hamburger SPD-Bürgerschaftsfraktion begrüßte die Nominierung. Sie verkörpert den nötigen Neustart in Hamburgs Kulturpolitik. Foto: Horb

Interview:

„Weiter die richtigen Weichen für die Stadt stellen“

Klaus Wowereit: Aufschwung muss bei den Menschen ankommen

Der Aufschwung muss bei den Menschen ankommen, sagt Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit im Interview mit der BERLINER STIMME.

Berliner Stimme: In Berlin geht es wirtschaftlich aufwärts. Kommt diese Entwicklung auch bei den Berlinerinnen und Berlinern an?

Klaus Wowereit: Beim Wirtschaftswachstum und den geschaffenen Arbeitsplätzen ist Berlin in den letzten Jahren Spitzenreiter in Deutschland gewesen. Das ist ein Ergebnis harter Arbeit. Berlin kann heute Spitzenergebnisse in Wissenschaft und Forschung vorweisen, viele kleine und mittlere Unternehmen haben neue Produkte und Dienstleistungen entwickelt. Wir haben es geschafft, dass seit 2006 mehr als 100.000 sozialversicherungspflichtige Jobs neu entstanden sind. Das heißt zugleich für hundertausend Berlinerinnen und Berliner mehr Sicherheit und vernünftige Einkommen. Allerdings verlangen wir auch von der Bundesregierung, dass sie das Notwendige tut: keine Steuerprivilegien für wenige Besserverdienende, sondern Mindestlöhne für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Berliner Stimme: Lässt sich der Aufwärtstrend in Berlin fortsetzen?

Klaus Wowereit: Ja, wenn weiterhin die richtigen Weichen gestellt werden. Der Tourismus boomt und Berlin hat sich zum Zentrum der Kreativwirtschaft entwickelt. Der neue Großflughafen schafft Zehntausende von Jobs. In der Industrie setzt Berlin auf Zukunftstechnologien. Dazu habe ich einen Steuerungskreis Industriepolitik einberufen, in dem Wirtschaft und Gewerkschaften unter meiner Leitung regelmäßig zusammenkommen. Moderne Umwelttechnologien, Elektroautos, Gesundheitstechnik - bei all diesen Themen soll man künftig wie selbstverständlich an Berlin denken.

Berliner Stimme: Gibt es ausreichend viele Fachkräfte in Berlin?

Klaus Wowereit: In der Zukunft werden die Regionen wachsen und zukunftsfähig sein, die ein gutes Potenzial an hervorragend ausgebildeten Fachkräften haben. Berlin ist schon heute eine attraktive Metropole. Wir haben international gute Voraussetzungen, um im künftigen Standortwettbewerb um die besten Fachkräfte mithalten zu können. Denn schon heute kommen junge Menschen zu Ausbildung und Studium nach Berlin. Bis zum kommenden Jahr schafft der Senat noch einmal 3000 zusätzliche Studienplätze. Gerade erst haben wir mit Wirtschaft und Gewerkschaften einen Pakt für bessere Ausbildung geschlossen. Wir wollen junge Menschen für neue Ausbildungsgänge begeistern. Aber es geht auch um bessere Ausbildungsangebote für Jugendliche mit Migrationshintergrund. Das ist ein ganz praktischer Beitrag zur Integration.

Berliner Stimme: Integration ist ein Thema, das Sie als stellvertretender SPD-Vorsitzender zu einem einer ihrer Schwerpunkte gemacht haben. Was ist ihr Ziel?

Klaus Wowereit: Mir geht es um den Aufstiegswillen, aber eben auch um die Chance zum Aufstieg, die viele bisher nicht haben. Es ist möglich mehr Menschen eine Perspektive zu geben und den Grundstein für sozialen Aufstieg zu legen - egal bei welcher Herkunft. Dazu bedarf es einer klaren politischen Schwerpunktsetzung auf Bildung, Qualifizierung und Arbeit. Wir diskutieren solche wichtigen Themen wie die Integration allzu häufig unter dem Eindruck von einzelnen Fällen. Ich habe auch Verständnis für manche Aufregung. Aber wir brauchen keine einfachen Schuldzuweisungen und keine neuen Ausgrenzungen. Integration ist bei uns schon millionenfach gelungen. Aber sie braucht Zeit und die Herzen der Menschen.

Fragen: U. Horb □

POLITIK PERSÖNLICH



Angelika Schöttler (l.), Stadträtin für Familie, Jugend, Sport und Quartiersmanagement in Tempelhof-Schöneberg, hatte zu ihrem Geburtstag Gratulantinnen und Gratulanten gebeten, statt eines persönlichen Geschenks Spenden für einen karitativen Verein oder ein soziales Projekt zu geben. Dabei kamen 500 Euro zusammen, die sie jetzt an das Projekt „Wundertüte“ der Arbeiterwohlfahrt Friedenau weiterreichte. Die Initiatorin des Projekts und Vorsitzende der Friedenauer AWO, Eva Liebchen, nahm die Spende im Rathaus Friedenau entgegen. Aus der „Wundertüte“ kann benachteiligten Kindern jetzt bei der Beschaffung von Schulmaterialien geholfen werden, aber auch mit Fahrgeld für Ausflüge, Eintrittsgeldern für Ausstellungen, Nachhilfeunterricht und Sportbekleidung. Der finanzielle Grundstock des Projekts „Wundertüte“ ist eine kleine Erbschaft. Das Spendenkonto - von dem keinerlei Verwaltungskosten abgezweigt werden - lautet: Arbeiterwohlfahrt Friedenau, bei der SEB AG, Konto 19 82 70 72 01, BLZ 100 101 11

Susann Engert, Pankower SPD-Abgeordnete, hat Ende Februar ihr Mandat im Abgeordnetenhaus zurückgegeben, da sie aus persönlichen und beruflichen Gründen Berlin verlässt. Für sie rückt **Claudia Tietje** ins Parlament nach. Die 37jährige war bereits von 2011 bis 2006 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses. □

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin

Finanzpolitik:

Wirtschaftswunder Sozialmarkt

Ulrich Nußbaum: Warum die Bundesrepublik bei der Sozialpolitik umlenken muss

In den vergangenen Jahren sind die Ausgaben für soziale Leistungen explodiert - Tendenz steigend. Die Sozialausgaben der Kommunen lagen bereits 2009 mit über 40 Milliarden Euro doppelt so hoch wie kurz nach der Wiedervereinigung. Allein in Berlin geht jeder fünfte Euro in den Sozialbereich.

Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Das Lohnniveau ist niedrig, die Arbeitslosigkeit hoch. Viele Menschen sind auf zusätzliche Leistungen oder sogar volle Übernahme ihrer Lebenskosten angewiesen. Parallel steigen die Alters- und die Kinderarmut. Unsere Gesellschaft wird älter. Die Pflegebedürftigkeit wird in den kommenden Jahren um das Doppelte steigen.

Bislang liegen die größten Ausgabenlasten bei den Kommunen. Sie müssen die wachsenden Ausgaben bei Erziehungshilfen, Wohngeldern oder Hilfen zur Pflege stemmen. Die Umsetzung erfolgt mehrheitlich durch soziale Träger, die die entsprechenden Leistungen vor Ort anbieten. Diese Sozialbranche boomt: In den vergangenen 15 Jahren ist sie sechsmal schneller gewachsen als die gesamte deutsche Wirtschaft. Heute arbeiten in der sogenannten Hilfsindustrie mehr Menschen als in der gesamten Automobilindustrie. Das ist gut, aber es muss gesteuert werden. Die Struktur weist erhebliche Probleme auf: Verantwortlichkeiten zwischen dem Staat als Auftraggeber und den Trägern als Auftragnehmern vermischen sich oft, ein



Berlins Finanzsenator Ulrich Nußbaum.

Foto: Horb

Überblick über die Summen, die umgesetzt werden, fehlt. Fälle wie die Berliner Treberhilfe zeigen, wie lückenhaft Transparenz und Kontrolle im Sozialbereich sind.

FINANZIERUNG DER SOZIALAUSGABEN UMSTRUKTURIEREN!

Die Kommunen können und dürfen sich diesem System nicht allein stellen müssen. Waren einst die Gemeinden bei der Unterstützung Ortsansässiger gefordert, so hat sich dieses Prinzip in der Bundesrepublik des 21. Jahrhunderts überholt. Arbeitsbiographien sind flexibler, die Menschen mobiler geworden.

Dass jemand pflegebedürftig ist, arbeitslos wird oder seine Rente nicht reicht - diese Risiken werden in der Regel nicht durch

kommunale Entscheidungen hervorgerufen. Deshalb dürfen diese sozialen Risiken auch nicht auf die örtliche Solidargemeinschaft abgewälzt werden. Nur wer durch seine Entscheidungen die Entwicklungen beeinflussen kann, sollte dafür aufkommen müssen.

UNSER VERHANDLUNGSERFOLG IM VERMITTLUNGS-AUSSCHUSS

Der Vermittlungsausschuss zur Reform der Hartz-IV-Leistungen hat hier einen Anfang gemacht: Die Leistungen des Bildungspakets für Kinder steigen auf 1,6 Milliarden Euro bundesweit. Die Kommunen erhalten hierfür vom Bund bis 2013 jährlich 400 Millionen Euro mehr. Viele Tausend Kinder in Berlin werden davon profitieren.

Neben den Kosten für das Bildungspaket hat der Bund nach langen Verhandlungen auch zugesagt, künftig die Kosten der Grundsicherung im Alter vollständig zu übernehmen. Das ist ein großer Verhandlungserfolg für Berlin, der allen Kommunen große Entlastungen bringt. Und ein wichtiger Schritt für eine finanzielle Stärkung der Kommunen. Diesen Weg müssen wir jetzt in der Gemeindefinanzreform weiterverfolgen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Bund sein Bekenntnis dazu aufrecht erhält und nicht zu lange mit einer Fortführung der Reformkommission wartet.

Ulrich Nußbaum □

100. Frauentag:

Von der formalen zur tatsächlichen Gleichstellung

Gesetzliche Regelungen gefordert - Berlin mit Vorbildcharakter

Aus der formalen Gleichstellung soll eine tatsächliche werden. Das machte der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel auf einer Veranstaltung der SPD zum 100. Internationalen Frauentag im Willy-Brandt-Haus deutlich. Ein konkreter Vorschlag Gabriels: „Wir brauchen ein Entgeltgleichheitsgesetz, denn der Schritt von der Theorie in die Praxis muss endlich vollzogen werden.“

Mit einem „Aktionsplan Gleichstellung jetzt“ will die SPD das Thema Gleichstellung von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft grundlegend angehen. Dazu gehören Quoten für Aufsichtsräte und für Vorstände. Die Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) Elke Ferner: „Nur eine gesetzlich verbindliche Quote wird die ‚gläserne

Decke‘, die Frauen bisher oft den Weg nach ganz oben versperrt hat, zerbrechen und echte Chancen für ausgezeichnet qualifizierte und hoch motivierte Frauen auf dem Weg in die Führungsetagen ermöglichen.“

„Dass manche Unternehmen den berechtigten Wünschen von Frauen entgegenkommen und zum Beispiel betriebseigene Kindergärten einrichten oder die Anwesenheitspflicht lockern, ändert nichts an der Tatsache, dass das Ziel einer Geschlechterquote (die nicht unbedingt „Frauenquote“ heißen muss), die in den politischen Parteien durchaus erfolgreich war, weiterhin mit allem Nachdruck zu verfolgen ist“, urteilt Berlins Finanzstaatssekretärin Iris Spranger.

Berlin ist Schrittmacher in Sachen Gleichstellung. Ulrike Neumann, frauenpo-

litische Sprecherin der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus: „Die Reform des Berliner Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) im November 2010 hat das Gesetzesziel unmissverständlich klargestellt: Die paritätische Teilhabe von Frauen, auch in Führungspositionen - mit Transparenz bei den Stellenausschreibungen über das mit Familie zu vereinbarende Anforderungsprofil bis hin zur Besetzung von Top-Jobs.“

Die Rechte der Frauenvertreterinnen in Verwaltungen und Unternehmen wurden gestärkt. Verbesserte Regelungen für die Auftragsvergabe an Privatunternehmen und die Einbeziehung der Bauwirtschaft sorgen dafür, dass Unternehmen, die sich nicht um Frauenförderung kümmern, mit öffentlichen Aufträgen nicht mehr rechnen können.

BS □

Wohnen:

Ein Gewinn für die Mitglieder

Hella Dunger-Löper: Die Genossenschaftsidee wieder ins Blickfeld rücken

Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts haben Wohnungsbaugenossenschaften die Entwicklung des Wohnens in Berlin entscheidend mit geprägt. Heute tragen Genossenschaften mit ihren rund 186.000 Wohnungen - einem Anteil von immerhin rd. 10% des gesamten Berliner Wohnungsbestandes - wesentlich dazu bei, dass das Wohnen in Berlin vielfältig, attraktiv und bei gutem bis sehr gutem Preis-Leistungsverhältnis bezahlbar ist.

Die Verwirklichung der genossenschaftlichen Grundprinzipien von Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung ist heute so aktuell wie selten zuvor. Genossenschaften sind Selbstversorgungsorganisationen ihrer Mitgliedschaft. D.h. sie kümmern sich in erster Linie darum, dass Mitglieder, die mit Wohnraum versorgt sind, zu angemessenem Preis-Leistungsverhältnis wohnen können. Was sie erwirtschaften, fließt zurück in die Bestände oder in den Neubau von weiteren Genossenschaftswohnungen.

Sie agieren im frei finanzierten Mietwohnungsbereich nicht um Gewinne für den Eigentümer, sondern um Gewinne für ihre Mitglieder zu erzielen. Dies ist gerade für eine Stadt wie Berlin wichtig, da noch immer ein zu hoher Prozentsatz der Bevöl-



Genossenschaftswohnungen - wie hier nahe der Bornholmer Straße - gibt es in vielen Lagen, in Altbau und Neubau. Foto: Horb

kerung zu den sozial- und einkommensschwachen Haushalten zugerechnet werden muss.

Die Genossenschaften tragen seit jeher durch Investitionen in die Anpassung ihrer Wohnungsbestände an die Wohnbedürfnisse ihrer Bewohnerinnen und Bewohner, durch die Gestaltung und Nutzung des Wohnumfeldes sowie durch die Mitwirkung an Aktivitäten zur Schaffung sozialer Nachbarschaften zur sozialen Integration und Stabilisierung von Wohnquartieren bei. Sie gehen kreativ mit dem demographischen Wandel um. Ein großer Teil der

Genossenschaften bietet schon jetzt älteren Menschen die Chance, bis ins hohe Alter in ihrer Wohnung zu verbleiben.

Bei Veränderung der Haushaltsgrößen sind Wohnungswechsel innerhalb der Genossenschaft möglich, Leerstände werden durch Nachzug von (Neu)mitgliedern gefüllt, die zu der jeweiligen Bewohnerstruktur „passen“.

Das August-Bebel-Institut (ABI) wird am 17. März in einem Workshop diskutieren, wie der Genossenschaftsgedanke heute wieder stärker ins Bewusstsein gehoben und neue Genossenschaften initiiert werden können. **Hella Dunger-Löper** □

➡ August-Bebel-Institut: „Gemeinschaftliches Wohneigentum als Zukunftsaufgabe“, Referent/innen: Hella Dunger-Löper, (Staatssekretärin), Michael Abraham (Baugenossenschaft Ideal eG), Dr. Josef Bura (Forum Gemeinschaftliches Wohnen e.V.), Wolfgang Kiehle (Wohnbund-Beratung NRW GmbH), Michael Geißler (Berliner Energieagentur GmbH)

➡ Donnerstag 17. März 2010, 17–20 Uhr, Galerie im Kurt Schumacher Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Begrenzte Teilnehmer/innenzahl, Anmeldung erforderlich! Anmeldung bitte unter: kontakt@august-bebel-institut.de, Tel. (030) 4692 121 Fax (030) 4692 124,

Finanzen:

Fachkräfte: Berlin sorgt vor

Michael Müller begrüßt Maßnahmenpaket des Senats - Mehr Aus- und Weiterbildung

Die Berliner SPD hat das Maßnahmenpaket gegen Fachkräftemangel begrüßt, das jetzt vom Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit, Spitzenvertreterinnen und -vertretern von Kammern, Unternehmensverbänden, Gewerkschaften und der Regionalen Arbeitsagentur vorgelegt wurde.

Damit habe sich der Steuerungskreis Industriepolitik die richtigen Ziele gesetzt, sagt der Landes- und Fraktionsvorsitzende der Berliner SPD Michael Müller. Eine nachhaltige Wachstumsstrategie, für die sich die Berliner SPD ausdrücklich einsetze, könne nur greifen, wenn auch in Zukunft ausreichend qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung stehen.

Schon heute haben Berliner Unternehmen Probleme, offene Stellen mit geeigneten Bewerbern zu besetzen. Daher ist es notwendig, wie jetzt beschlossen, die Potentiale der Region Berlin zu fördern, also

insbesondere Frauen, älteren Menschen sowie Menschen mit Migrationshintergrund und behinderten Menschen durch Aus- und Weiterbildung den Weg in qualifizierte Beschäftigung zu bereiten und so das Fachkräfteangebot für weiteres industrielles Wachstum zu sichern.

Das gleichzeitig gesetzte strategische Ziel zur Erhöhung der Zahl der Hochschulabsolventen in industrielevanten Studiengängen muss mit den Maßnahmen zur Stärkung der MINT-Kompetenzen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) in den Schulen und der verbesserten Studienorientierung an den Schulen einhergehen.

Die Berliner SPD, so Müller, begrüße den Beitrag der Wirtschaft, mindestens 24 neue Partnerschaften pro Jahr zwischen Schule und Industrieunternehmen zu schließen und den Plan des Senats je eine Sekundarschule und ein Gymnasium pro Bezirk mit

einem MINT-Profil zu entwickeln. Die Unternehmen haben sich außerdem darauf verständigt, die Zahl der industriellen Ausbildungsplätze auf das Niveau von 2007 (vor der Finanzkrise) zu erhöhen und damit gegenüber 2009 wieder 500 Ausbildungsplätze mehr zu schaffen.

Michael Müller: „Nur durch gemeinsame Anstrengungen und einem abgestimmten Maßnahmenbündel kann dem drohenden Fachkräftemangel entgegengewirkt werden. Berlin ist jetzt schon ein wissensgetriebener Industriestandort, den wir weiter ausgebauten wollen und müssen. Das Potential an Fachkräften wir dabei für Berlin zum Standortvorteil. Berlin hat die Chance, hier eine deutsche Spitzenposition zu erreichen, wenn wir es schaffen, eine hohe Zahl von qualifizierten Fachkräften für die moderne Industrie bereit zustellen – und so noch attraktiver für Neuansiedlungen zu werden.“ **PM** □

Anti-Kriegsmuseum:

Pazifist aus Erfahrung

Tommy Spree und das Schicksalsjahr 1961

Die 50 ist für Tommy Spree in diesem Jahr eine wichtige Zahl, privat wie politisch. Der Wiederbegründer des Berliner Antikriegsmuseums schaut auf das Jahr 1961 und die Zeit vor 50 Jahren mit gemischten Gefühlen zurück.

Geboren wurde Tommy Spree 1940 in London, wo seine Familie bei englischen Quäkern Aufnahme gefunden hatte. Ernst Friedrich, Pazifist und Gründer des ersten Berliner Anti-Kriegs-Museums in der Parochialstraße, war sein Großvater mütterlicherseits. 1933 musste die Familie Deutschland verlassen, nachdem das Anti-Kriegs-Museum geschlossen und von Nazis in eine Folterkammer umgewandelt worden war. Erst 1952 kam die Familie nach Deutschland zurück.

Vor 50 Jahren trat der damals noch 20jährige Tommy Spree in die SPD ein. „Es war der 9. März 1961, der Geburtstag meines Vaters“, erinnert er sich. Der hatte im Exil die englische Labour-Party unterstützt und war in Berlin in die SPD eingetreten.

1961 war zugleich das Jahr, in dem mit dem Bau der Berliner Mauer die Ost-West-Spannungen einen neuen Höhepunkt erreichten. Der Pädagogik-Student Spree, aufgewachsen in der pazifistischen Tradition der Familie, leitete zu dieser Zeit ein Jugendlager auf Schwanenwerder. Eines Nachts klang aus der Ferne das Rollen von Zügen herüber, so dass man in den Zelten aufwachte. „Erst später war klar: Die Reichsbahn holte gerade ihre Bahnen in die DDR zurück“, so Tommy Spree. Zwölf Kinder aus der DDR waren bei ihm im Lager. Für sie kam es zu dramatischen Lebensentscheidungen. Nur vier kehrten schließlich zurück. Die anderen acht sollten nach dem Willen ihrer Eltern im Westen bleiben, bei Tanten und Omas aufwachsen.

Für ihn selbst bringt das Jahr 1961 noch eine positive Wende: „Am 15. September lernte ich meine spätere Frau kennen.“ 1965 heirateten sie. Im Jahr zuvor hatte er sein Studium beendet, er wurde Lehrer, u.a. in Kreuzberg und auf Scharfenberg - dort war er selbst einmal zur Schule gegangen, als er aus England kam.

Die Arbeit mit Jugendlichen macht ihm bis heute Freude. Zwar ist er als Lehrer seit einigen Jahren im Ruhestand, aber immer wieder kommen Klassen ins Antikriegsmuseum, das er 1982 in Erinnerung an seinen Großvater wiederbegründete.

Zwischen 1925 und 1933 hatte Ernst Friedrich in seinem Antikriegsmuseum Fotografien ausgestellt, die schonungslos die Grauen des 1. Weltkriegs zeigten.

Heute werden im Museum Fotos, Doku-



Tommy Spree vor den Plänen der Parochialstraße: Dort wo das erste Anti-Kriegsmuseum seines Großvaters stand, könnte irgendwann auch das jetzige Museum wieder ein Domizil finden.

Foto: Horb

mente und Objekte aus dem I. und II. Weltkrieg gezeigt. In der Dauerausstellung „Von Laotse bis Willy Brandt. Aus der Geschichte der Welt-Friedensbewegung“ sind Porträts von Philosophen und Politikern zu sehen, die sich mit den Themen Frieden und Freiheit auseinandergesetzt haben. Eine große Weltkarte informiert über aktuelle Krisenherde. Das Museum in der Brüsseler Straße im Wedding verfügt zudem über eine Besonderheit: Über eine Treppe gelangt man in einen Luftschutzkeller aus dem II. Weltkrieg, der mit vielen Originalteilen ausgestattet ist und einen Eindruck von der beklemmenden Atmosphäre durchwachter Bombennächte gibt.

Jugendliche zeigen sich immer wieder beeindruckt von den Dokumenten und Fotografien und von der sachlichen Präsentation, die ihnen Raum für die eigene Auseinandersetzung lässt. Auch die Bundeswehr kommt regelmäßig: Jugendoffiziere, die später an die Schulen gehen sollen, setzen sich mit den Argumenten von Tommy Spree auseinander.

Eine aktuelle Foto-Ausstellung, zu sehen noch bis zum 30. April, setzt sich mit Völkermord an den Armeniern 1915/16 auseinander - in der Türkei bis heute ein Tabu-Thema. Die Bilder dokumentieren die Zeit vor und nach den Vertreibungen und Ermordungen. Die eigentlichen Geschehnisse blieben weitgehend undokumentiert, weil die technischen Möglichkeiten nicht vorhanden waren und unabhängige Beobachter keinen Zugang hatten. **uh** □

➡ Anti-Kriegs-Museum e.V., Brüsseler Str. 21, 13353 Berlin, Tel: (030) 45 49 01 10. Öffnungszeiten: täglich 16 bis 20 Uhr, auch sonn- und feiertags.

Ausstellung:

Stille Helden aus Malchow

„Wir würden es jederzeit wieder tun“ heißt eine Ausstellung über die „Stillen Helden aus Malchow“. Die Eröffnung findet in Anwesenheit der Töchter des Helferehepaars am heutigen 5. März um 16 Uhr in der Evangelischen Kirche Malchow, Dorfstraße 38, 13051 Berlin, statt.

Die als „Stille Helden“ bezeichneten Helferinnen und Helfer zeigen, dass es auch im nationalsozialistischen Deutschland Möglichkeiten gab, Verfolgte zu retten oder ihnen beizustehen. Auch in Malchow gab es Menschen, die den Mut hatten dies zu tun. Die Ausstellung berichtet von der Geschichte der Familie Naujocks, die in den Jahren 1943-1944 die jüdische Familie Weiß in ihrer Laube in der Kleingartenkolonie Wiesenhöhe aufnahm. Mutter und Tochter konnten durch die Hilfe der Naujocks und weiterer Helfer überleben. Die Ausstellung versteht sich als Auftakt und als Einladung, mehr über diese Geschichte zu erfahren. Gemeinsam wollen wir uns über mögliche Formen des Gedenkens austauschen und Ideen dazu entwickeln. **BS** □

➡ Öffnungszeiten und Führungen: Donnerstag, den 10., 17. und 24. März jeweils von 15-16 Uhr. Ab 16 Uhr sind Sie herzlich eingeladen eigene Erinnerungen und Erfahrungen im Rahmen eines Erzählcafés einzubringen. Für Kaffee und Kuchen ist gesorgt.

➡ Weitere Termine zur Besichtigung: Sonntag, den 6., 13. und 20. März von 10-11.30 Uhr sowie nach telefonischer Vereinbarung mit Pfarrerin Draeger unter: 29 04 38 43

Diskussion:

Arm trotz Arbeit?

Worauf ist der Rückgang der Lohn- und Gehaltsentwicklung in Deutschland zurückzuführen? Welche politischen Weichenstellungen sind notwendig, um dem entgegenzuwirken? Welche Folgen wird die ab 1. Mai geltende Arbeitnehmer- und Dienstleistungsfreizügigkeit haben?

Diese und andere Fragen sollen auf einer Veranstaltung der SPD Luisenstadt und des Forums DL 21 unter dem Motto „Arm trotz Arbeit - Deutschland ein Niedriglohnsektor?“ diskutiert werden. Dabei sind der Bundestagsabgeordnete Anton Schaaf und der stellvertretende Bezirksbürgermeister Dr. Peter Beckers. Es moderiert Sevim Aydin, stellvertretende SPD-Abteilungsvorsitzende Luisenstadt.

➡ 17. März 2011, 19.30 Uhr, AWO Café, Oranienstr. 69, 10969 Berlin

NOTIZEN AUS DER SPD

Neuer Newsletter der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) Berlin. Pünktlich zum Internationalen Frauentag erscheint die erste Ausgabe des neuen Newsletters der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) Berlin. Ab sofort informiert die ASF regelmäßig über aktuelle Themen aus der Frauenpolitik – aus Berlin und dem Rest der Welt. „Unser Ziel ist, die Gleichstellung von Frauen in allen Teilen der Gesellschaft“, so die ASF-Vorsitzende Eva Högl. „Wir freuen uns über Anregungen, Hinweise, Termine, gute Ideen und Kritik. Kommentare bitte an: asf.spd.berlin@googlemail.com“. Der Newsletter unter: www.spd-berlin.de/asf

Netzwerk Integration Südwest. Mehr als vierzig Organisationen und Vereine beteiligen sich am Netzwerk Integration Südwest (NIS), das vor einem Jahr auf Initiative der Arbeitsgemeinschaft Migration Steglitz-Zehlendorf entstanden ist. Seit diesem Jahr gibt das Netzwerk mit den NIS-News auch einen monatlich erscheinenden Newsletter mit Informationen, Tipps und Terminhinweisen rund um das Themenfeld Zuwanderung und Zusammenhalt heraus. Bei Interesse an der aktuellen und den zukünftigen Ausgaben der NIS-News schickt bitte eine E-Mail an den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Guenther-SchulzeBerlin@gmx.de

Fotoaktion „Frauen für Lars“. Die Schöneberger SPD-Frauen wollen darauf aufmerksam machen, dass mit Lars Oberg ein Ansprechpartner und Vertreter im Abgeordnetenhaus ist, der gerade auch die Interessen von Frauen hervorragend vertritt. Dazu haben sie Fotoaktion organisiert: Frauen, die sich mit Lars Oberg fotografieren lassen wollen, können am heutigen Sonnabend um 11 Uhr am Infostand Kaiser-Wilhelm-Platz, 10827 Berlin, vorbeikommen.

AG Migration lädt ein. Studien belegen, dass Kinder von Einwanderern trotz gleichen Bildungsniveaus deutlich schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben als junge Menschen ohne Migrationshintergrund. Zu einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung „Namen, Chancen und Integration - das Märchen vom türkischen Integrationsverweigerer“ lädt die AG Migration der SPD Friedrichshain-Kreuzberg am Mittwoch, 09. März 2011 um 19.30 Uhr in das AWO Cafe, Oranienstraße 69, 10969 Berlin. Mit dabei sind Muharrem Aras, Kandidat für das Abgeordnetenhaus, Wahlkreis 3 in Kreuzberg, Dr. Silke Hans, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Institut für Soziologie, FU-Berlin sowie Sevim Aydin, Kandidatin für die Bezirksverordnetenversammlung, Listenplatz 2. **PM** □



Jahresempfang der AG 60 plus im Nachbarschaftsheim Urbanstraße.



Inge Frohnert, ehemalige Abgeordnete und frühere Vorsitzende der AG 60 plus.

Miteinander der Generationen

Jahresempfang der AG 60plus

„Die SPD steht für gute Arbeit und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in Berlin genauso wie für sozialen Zusammenhalt in einer solidarischen Stadt“, so eröffnete Michael Müller, Landesvorsitzender der SPD Berlin, den Jahresempfang der AG 60 plus.

In entspannter Atmosphäre trafen sich Vertreter des sozialen Berlins, die sich der Kultur des Miteinanders der Generationen verbunden fühlen. „Lasst uns gemeinsam an Konzepten für ein noch schöneres und sozialeres Berlin arbeiten“, dazu rief Michael Müller die Teilnehmer auf. Darunter waren Vertreter von Verbänden und Gewerkschaften, Mitglieder des Abgeordnetenhaus sowie des Bundestages.

Gisela von der Aue wandte sich mit einem humorvollen Grußwort zum Thema Älterwerden an die Gäste. Sie stellte aus der Sicht einer Betroffenen die Frage: „Möchte ich mit Frau Seniorin angesprochen werden?“ Sie sah in der Runde des Jahresempfangs eher „Vertreter einer aktiven erfahrungsreichen Generation 60 plus,

die sich politisch, sportlich und kulturell engagieren.“ Ihr Dank galt vor allem den Bemühungen der AG 60 plus, Strategien für eine aktive Arbeitsmarktpolitik weiter voranzutreiben, um ältere Menschen zu motivieren und am Arbeitsplatz zu halten.

Dem schloss sich die Bundestagsabgeordnete für Berlin-Mitte Eva Högl an. Sie lobte die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft gleichzeitig als aktivste Wahlkämpfer. Als Europapolitikerin verwies sie zudem auf das „Europäische Jahr der freiwilligen Tätigkeit“.

Heidemarie Fischer, stellvertretende Landesvorsitzende der AG 60 plus appellierte an die Vertreter der Politik: „Ehrenamt muss man sich auch leisten können und hierfür müssen vor allem die Rahmenbedingungen gut sein.“

Im Anschluss wurde der Ehrenvorsitzenden Inge Frohnert gedankt, die bereits 1987 das von der AG 60 plus ausdrücklich unterstützte Seniorenmitwirkungs-gesetz parlamentarisch mit auf den Weg brachte.

Sebastian Schmidtsdorf □

Thierse trifft: Die neuen Termine

Die nächsten Gäste von Marianne Birthler bis Sten Nadolny

Am 8. März wird die Veranstaltungsreihe „Thierse trifft ...“ mit Prof. Stephan Braunfels, Architekt besonderer Bauprojekte u.a.: der Bundestagsbauten, der Münchner Pinakothek der Moderne sowie Opernliebhaber und Enkel des Komponisten Walter Braunfels fortgesetzt. Auch in den kommenden Monaten stehen wieder interessante Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner zur Verfügung. Die nächsten Termine:

22. März 2011: Marianne Birthler, Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU)

12. April 2011: Bernd Schröder, ehemals

Fußballtorwart und jetzt langjähriger Trainer der erfolgreichen Frauenfußballmannschaft vom 1. FFC Turbine Potsdam 71 e.V.

10. Mai 2011: Dr. Sigrid Evelyn Nikutta, Vorstandsvorsitzende und Vorstand Betrieb der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)

24. Mai 2011: Lala Süsskind, Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

21. Juni 2011: Dr. Sten Nadolny, Schriftsteller und Autor u. a. von „Die Entdeckung der Langsamkeit“ und von „Er oder ich“

Alle Veranstaltungen finden im Soda-Salon in der Kulturbrauerei, Eingang Knaackstraße oder Sredzkistraße in Berlin-Prenzlauer Berg statt. „Thierse trifft...“ beginnt jeweils um 19.30 Uhr. Der Eintritt ist frei.

PM □

Mädchen machen Politik

50 Schülerinnen kommen zum Girls'Day der Berliner SPD

Am Donnerstag, den 14. April 2011 ist es wieder soweit: Die Berliner SPD beteiligt sich auch in diesem Jahr am Mädchen-Zukunftstag und ermöglicht über 50 Schülerinnen das Berufsfeld Politik kennen zu lernen.

Unter dem Motto „Mädchen machen Politik“ trägt die SPD Berlin wieder aktiv dazu bei, jungen Frauen den Tätigkeitsbereich Politik näher zu bringen: Neben dem Landesverband der SPD ermöglichen die SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses und die Berliner Bundestagsabgeordneten Schülerinnen der Klassenstufen 7 bis 13 einen Einblick in ihren politischen Berufsalltag.

Initiiert wurde die Teilnahme des Landesverbandes am Girls'Day durch die Arbeitsgemeinschaften der Sozialdemokratischen Frauen (ASF) und der JungsozialistInnen (Jusos).

Mit der Teilnahme am Girls'Day will die SPD junge Frauen ermutigen, sich auf das in den Medien häufig noch männlich geprägte Feld der aktiven Politik zu trauen, sich politisch zu engagieren und mit ihren eigenen Vorstellungen stärker durchzusetzen. Unter den teilnehmenden PolitikerInnen sind der Regierende Bürgermeister von Berlin Klaus Wowereit, Justizsenatorin Gisela von der Aue und die Bezirksstadträtin für Wirtschaft, Gesundheit und Verkehr in Steglitz-Zehlendorf Barbara Loth.

Während des „Politischen Mentoringtages“ können die Berliner Schülerinnen in das jeweilige Arbeitsgebiet ihres Mentors/ihrer Mentorin mit seinen/ihrer



Girlsday 2010

Foto: Archiv

Zuständigkeiten und Aufgaben reinschnuppern und bekommen so eine Vorstellung vom Beruf PolitikerIn.

Der Girls'Day bei der Berliner SPD beginnt um 8.30 Uhr mit einem kleinen Frühstück im SOS-Berufsbildungszentrum in den Osram Höfen. Anschließend fahren die Mädchen mit den PolitikerInnen zu den jeweiligen Arbeitsplätzen im Bundestag, Abgeordnetenhaus, in den Bezirksämtern oder den Berliner Rathäusern.

Um 12.30 Uhr kommen alle Mädchen zusammen, lernen zusammen das Berliner Abgeordnetenhaus kennen und können an einer Plenarsitzung teilnehmen. Eine gemütliche Abschlussrunde ab 13.30 Uhr bietet die Möglichkeit für weitere Gespräche mit den teilnehmenden PolitikerInnen. Ein Wissensquiz und diverse Snacks ergänzen den gemeinsamen Tag. **Johanna Rosse** □

☛ Anmeldungen sind telefonisch möglich unter 030/4692-114, Ansprechpartnerin ist Johanna Rosse

Zum Beispiel: Eva-Maria Wunderlich

Viel Zeit zum Ankommen hatte sie nicht. Am 6. Dezember 2010 zog Eva-Maria Wunderlich von Franken nach Berlin um, am 11. Dezember hatte sie schon die erste Landesdelegiertenkonferenz hinter sich gebracht - als neue Juso-Landessekretärin.

Aufgewachsen ist die 27jährige in Oberfranken eher beschaulich, ausgenommen vielleicht gelegentliche Aufmärsche von Neo-Nazis, die in Wunsiedel des Hitler-Stellvertreters Heß gedenken wollten und - zumindest in den Anfangsjahren - von der Bevölkerung noch unterstützt wurden.

Politik war an ihrem Gymnasium kein besonders wichtiges Thema, die nächsten Jusos waren 30 Kilometer entfernt. Mit 17 Jahren entschied sie, sich das Fahrgeld zu den Juso-Veranstaltungen zu leisten. Gemeinsam mit einer Freundin fuhr sie nach Hof und trat dort ein.

Sie begann in Bamberg Politikwissen-

schaft zu studieren und machte nebenbei ganz praktisch Politik - als Sprecherin der Juso-Hochschulgruppe, stellvertretende Vorsitzende der Jusos Bamberg und Mitglied im Bezirksvorstand der Jusos Oberfranken.

Im Juli vergangenen Jahres hat Eva-Maria Wunderlich ihr Studium beendet. Bei der DGB-Bildungseinrichtung „Arbeit und Leben“ arbeitete sie danach in der politischen Bildung, organisierte Workshops etwa zur Porzellanindustrie. Als sie die Stellenausschreibung aus Berlin sah, wusste sie: „Das ist genau das Richtige für mich.“ „Einfach perfekt“ nennt sie jetzt die Zusammenarbeit. Nach der Fahrt zur Anti-Nazi-Demo nach Dresden bereitet sie nun u.a. die Juso-Verbandswerkstatt im April vor.

U.H. □

FRAKTION INTERN

Diskussionsveranstaltungen. Das Thema Patientenrechte steht am 28. März im Mittelpunkt einer Veranstaltung der SPD-Fraktion. Diskutiert wird über Patientenschutz, Qualität und Transparenz im Gesundheitswesen. Das Podium bilden der gesundheitspolitische Sprecher der Fraktion, Thomas Isenberg, die Patientenbeauftragte des Landes Berlin, Karin Stötzner, der Vorsitzende der Ärztekammer Berlin, Dr. Med. Günther Jonitz, und Havva Arik vom Sozialverband VdK Berlin. Die Veranstaltung beginnt um 19.00 Uhr in Raum 376 des Berliner Abgeordnetenhauses in der Niederkirchnerstraße.

Um das Thema Gesundheitswirtschaft geht es am 4. April. Der von der SPD geführte Senat hat Berlin erfolgreich zur Gesundheitshauptstadt entwickelt. Wir wollen diese starke Position weiter ausbauen. Der gesundheitspolitische Sprecher Thomas Isenberg diskutiert mit Vertretern aus Wirtschaft und Wissenschaft über die zukünftige Entwicklung. Die Veranstaltung beginnt um 19.00 Uhr in Raum 376 des Berliner Abgeordnetenhauses. Anmeldung unter Tel. 23 25 22 22.

Stadtteiltage in Steglitz und Reinickendorf. Die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion und direkt gewählte Abgeordnete Ulrike Neumann lädt am 10. März zum Stadtteiltag Steglitz/Südende ein. Auf dem Programm steht unter anderem eine Podiumsdiskussion zum Thema „Häusliche Gewalt“. Die Veranstaltung im Griechischen Kulturzentrum in der Mittelstraße 33 beginnt um 17.30 Uhr. Danach gibt es am gleichen Ort ein geselliges Beisammensein und Gespräche anlässlich „100 Jahre Internationaler Frauentag“. Am Vormittag besucht Ulrike Neumann die Rettungsstelle und das Projekt S.I.G.N.A.L. - Intervention im Gesundheitsbereich gegen Gewalt an Frauen auf dem Charité Campus Benjamin Franklin sowie das Hospiz Schöneberg-Steglitz.

Der Stadtteiltag der Abgeordneten und kulturpolitischen Sprecherin Brigitte Lange findet am 10. März in Reinickendorf statt. Brigitte Lange besucht verschiedene Einrichtungen im Märkischen Viertel und in Lübars. Der Stadtteiltag beginnt um 10.00 Uhr mit einer Veranstaltung zum Thema „Vorsorge treffen: Betreuungsrecht, Vollmacht und Patientenverfügung“ im SeniorenCentrum Vitanas am Senftenberger Ring 51. Anmeldung unter Tel. 40 91 48 89. Um 19.00 Uhr lädt sie zu einer Mieterinformationsveranstaltung im Großen Saal im Fontane-Haus, Wilhelmsruher Damm 142 C, 13439 Berlin. **cs** □

☛ **Weitere Termine im Internet:** www.spdfraktion-berlin.de/stadtteiltage



Programmdialog 2 in Karlshorst.



Der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller.



Programmdialog 3 im Rathaus Schöneberg.

Programmdialog:

Tischdecken voller Anregungen

Diskussion zum Entwurf des Wahlprogramms: SPD-Mitglieder brachten viele Ideen mit

Zum Schluss waren die Papiertischdecken vollgeschrieben mit Anregungen und Ideen. Bei insgesamt drei Programmdialogveranstaltungen haben Mitglieder der Berliner SPD im Februar ihre Vorstellungen zum Entwurf des „BERLINprogramms 2011-2016“ diskutiert und ihre Vorschläge eingebracht. Sie haben angemerkt, was ihnen im Programm noch fehlt und unterstrichen, was ihnen besonders wichtig darin ist. Alles, was an Anregungen kam, wird nun ausgewertet und geprüft, so Hella Dunger-Löper, die für den SPD-Landesvorstand die Erarbeitung des Wahlprogramms koordiniert.

Schon beim Auftakt in den Weddinger Uferhallen wurde in sehr konzentrierter Arbeitsatmosphäre über das Programm gesprochen. Das setzte sich auch beim 2. Programmdialog in Karlshorst fort, an dem Mitglieder aus Neukölln, Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick teilnahmen. Michael Müller wies in seiner Einleitung auf die Schwerpunktsetzung hin. Mit den beiden Bereichen Arbeit/Wirtschaft und soziale Teilhabe zeige die SPD deutlich, was ihr wichtig sei. Es sei eine Kombination, die die SPD von anderen Parteien unterscheide. Wer wie die Grünen 150 Seiten vollschreibe, habe dagegen keine Schwerpunkte mehr, so der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller.

Das Hamburger Wahlergebnis hat der SPD Rückenwind gegeben. In Berlin, so Müller, müsse die SPD so stark sein, dass eine schwarz-grüne Koalition, wie sie auch in manchen grünen Gedankenspielen vorkomme, gar nicht erst möglich werde. Zwar sei die SPD auch in den aktuellen Umfragen klar stärkste Kraft in der Stadt. Dennoch gelte: Auch wer rot-grün oder rot-rot-grün wolle, müsse SPD wählen, warnte Müller. Sonst wache man am Tag nach der Wahl auf und habe schwarz-grün in der Stadt.

Auch beim 3. Programmdialog im Rat-



Hella Dunger-Löper koordiniert die Programmdebatte. Fotos: Horb

haus Schöneberg war das Interesse groß: Weit mehr als 250 SPD-Mitglieder aus Charlottenburg-Wilmersdorf, Spandau, Steglitz-Zehlendorf und Tempelhof-Schöneberg kamen und brachten ihre Ideen und Vorschläge ein.

Dabei zeigte sich, dass es innerhalb der Berliner SPD offenbar kaum regionale Unterschiede gibt. Ob Ost oder West, Nord oder Süd - auf allen drei Programmdialogveranstaltungen rückten rasch ähnliche Themen in den Vordergrund.

Ein wichtiger Punkt für SPD-Mitglieder heißt kostenlose Bildung. Frühkindliche Bildung war ebenso Thema wie die Förderung von Weiterbildung, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Teilnehmer des

Programmdialogs warben dafür, auch die Hortbetreuung von Gebühren befreien, einige plädierten für Bildungsgutscheine, die nach Bedarf eingesetzt werden können, um Hochschulabschluss oder Weiterbildung zu erhalten. Auf den beschreibbaren Tischdecken landete auf zwei Veranstaltungen auch der Vorschlag, das Angebot an 24-Stunden-Kitas auszuweiten, ganz offenbar eine Folge der Veränderungen in der Arbeitswelt.

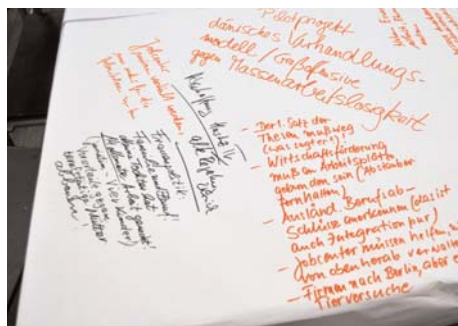
Gute Arbeit muss gut bezahlt werden, so die Forderung von Teilnehmern. Die Löhne und Gehälter in Ost und West sollten angeglichen werden, ein Mindestlohn von 8,50 Euro müsse eingehalten werden. Und auch für die Löhne von Frauen müsse Gleichberechtigung gelten.

Ein ganz wichtiger Punkt war vielen Mitgliedern die Sicherung der Daseinsvorsorge. Soweit möglich, wünschen sie sich auch einen Rückkauf von Anteilen an den Wasserbetrieben.

2006, so Michael Müller, sei diese Forderung noch umstritten gewesen. Müller erinnerte daran, dass Grüne die BVG oder Vivantes teilprivatisieren oder ganz aus der Hand geben wollten. Heute sei in der SPD allerdings ganz klar, dass wichtige Bereiche wie die Gesundheitsversorgung oder der öffentliche Nahverkehr auch in öffentlicher Verantwortung bleiben müssten.

Ökologisch, ökonomisch und solidarisch sei die Ausrichtung des Programms, so SPD-Landesvorstandsmitglied Hella Dunger-Löper. Sie sicherte zu, dass alle Anregungen, die auf den Tischdecken aufgeschrieben wurden, gesichtet und ausgewertet werden. Zusammen mit den Kommentaren, die im Internet abgegeben werden und den Anträgen aus Abteilungen und Kreisen fließen sie in die zweite Fassung des Programmentwurfs ein, die im April vorliegen wird und auf dem Parteitag am 13. Mai zur Abstimmung steht. **U.H.** □

Die Programmdebatte im Internet: www.berlin-miteinander.de



Vollgeschriebene Tischdecken: Die Ideen sind festgehalten und werden jetzt ausgewertet.

Kultur:

Mindestlohn für Künstler

Der Rat für die Künste nennt seine Vorstellungen

Dass die Wahlen zum Abgeordnetenhaus vor der Tür stehen, zeigt sich auch daran, dass immer mehr bürgerschaftliche Initiativen ihre Positionspapiere vorlegen, mit denen die Parteien sich beschäftigen sollten. Wer an den Bürgern vorbei Politik für die Stadt gestalten will, weiß, wo das hinführt. Wer die Interessen und Wünsche ernsthaft prüft und diskutiert, hat Chancen auf politischen Erfolg, auch dann wenn nicht alle Vorstellungen unmittelbar umgesetzt werden können. Die Hamburger Erfahrungen sind ein deutlicher Hinweis und sie sind wiederholbar.

So liegt jetzt ein Papier des Rates für die Künste vor mit zahlreichen Anregungen und Vorstellungen für das kulturelle Leben Berlins, das auf einer Pressekonferenz im Deutschen Theater vorgestellt wurde. Es ist durchaus ein Papier geworden, das sich wohltuend von so manchen „Wünsch Dir was“-Veranstaltungen unterscheidet; der Rat will schon bestehende kulturelle Strukturen weiter ausbauen und verbessern.

Dass sicherlich auch die eine oder andere Bewertung der gegenwärtigen Kulturpolitik nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmt, mag zunächst dahin gestellt bleiben. Wer in dem Papier behauptet, „dass die politisch Verantwortlichen in Berlin Kunst und Kultur nicht als eine Hauptsache für Berlin wahrnehmen, sondern...immer noch als Zugabe behandeln“, hat bisher offenbar nicht wahrgenommen, dass jedenfalls sozialdemokratische Kulturpolitik die



Niko Sander ist Vorsitzender des Kulturforums Stadt Berlin der Sozialdemokratie. Foto: Horb

Förderung von Kultur als Investition in die Zukunft begreift. Auch hier wäre ein Blick nach Hamburg hilfreich, wo die Konservativen - übrigens in einer schwarz-grünen Kombination - eine verheerende Kulturpolitik betrieben haben.

Dass immer auch alles besser gemacht werden kann, steht außer Frage und wenn, wie in dem Papier gefordert, das Kulturbudget auf mindestens drei Prozent des Gesamthaushaltes des Landes Berlin erhöht werden soll, würden viele berechtigte Wünsche erfüllt werden können und alle Kulturpolitiker wären glücklich. Vielleicht schaffen ja das künftige Abgeordnetenhaus und der Senat wenigstens einen Teil dieses Wunsches zu realisieren.

Unabhängig davon ist der Vorschlag einen Fonds für Kulturelle Vielfalt einzurichten, durchaus zu unterstützen. Dieser

Fonds soll - kurzgefasst - Möglichkeiten schaffen, für mehr Menschen mit „Migrationshintergrund“ die aktive Teilnahme am kulturellen Leben der Stadt zu gewährleisten. Eine Million Euro sollen in diesen Fonds investiert werden.

Auch das Thema „Kulturelle Bildung“ wird angesprochen, insbesondere der Wunsch, diese als Querschnittsaufgabe in einem ressortübergreifenden Referat zu bündeln und so zu verbessern. Die Forderung, dass dem Engagement der Kulturverwaltung in diesem Aufgabenbereich endlich auch ein vergleichbares Engagement in der Bildungsverwaltung, auch in deren Spitze folgen muss, ist nur allzu berechtigt.

Starke Kritik äußert der Rat für die Künste an der wachsenden Kommerzialisierung des öffentlichen Raumes. Bauwerke und Plätze von hohem künstlerischen Wert werden häufig privat und wirtschaftlich genutzt. Erinnert sei nur an die Nutzung des Bebelplatzes mit seinem Gedenkort zur Bücherverbrennung oder an die riesigen Werbeplakate, die oft Bauten und Räume entstellen. Auch die Politik des Liegenschaftsfonds muss - so die Forderung des Rates - „als Instrument der Stadtentwicklung und zur Bereitstellung sowie Sicherung von preisgünstigen Räumen für die frei Kunst- und Kreativszene eine bedeutende Rolle spielen“.

Dass dies eine berechtigte Forderung ist, zeigt sich auch daran, dass an zentralen Orten der Stadt immer mehr Clubs schließen müssen, die gerade junge Leute aus aller Welt nach Berlin reisen lassen.

Unter der Überschrift „Kultur und Arbeitsmarkt“ verweist der Rat für die Künste auf das Problem, dass gerade in den Bezirken die kulturelle Infrastruktur auch in den freien Einrichtungen unter Personal-mangel leidet. Daher hält er eine „wesentlich verbesserte finanzielle Ausstattung der kleinen, freien oder der bezirklichen Kulturrorte“ für notwendig. Und er fordert eine Honoraruntergrenze, also einen Mindestlohn für die Künstlerinnen und Künstler, die in von der öffentlichen Hand geförder-ten Projekten tätig sind.

Schließlich fordert der Rat einen ständigen Sitz im Berliner Hauptstadtkultur-fonds und im Rundfunkrat. Darüber kann man streiten. Das ist auch keine Frage kultureller Substanz, vor allem wenn man die Beratungsresistenz bei den Machern auch der öffentlich-rechtlichen Medien kennt.

Das Papier enthält gute Anregungen. Das Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie wird das Gesprächsangebot aufgreifen.

Niko Sander □

SPD Mitte diskutiert öffentlich über das Bezirkswahlprogramm

Die SPD-Mitte stellt ihren Entwurf des Kommunalpolitischen Wahlprogrammes der öffentlichen Diskussion und wird die Bürgervoten in die Verabschiedung des endgültigen Programmes miteinfließen lassen.

Mittes SPD-Kreisvorsitzender und Bezirksbürgermeister Dr. Christian Hanke: „Ich bin mir sicher, dass wir gute Anregungen und Vorschläge bekommen werden. Ich freue mich sehr, wenn die Bürgerinnen und Bürger die Chance nutzen, sich in die Debatte um das Kommunalwahlprogramm der SPD-Mitte einzubringen, denn unser Bezirk Mitte geht uns alle an.“

Die SPD-Mitte wolle bei den Wahlen am 18. September wieder stärkste Kraft im Bezirk werden, so Hanke. Daher will sie gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bür-

gern über die zukünftige Politik für den Bezirk Mitte diskutieren und Anregungen aufnehmen. Der Entwurf des Wahlprogrammes „Jede und jeder gehört dazu. Für eine Solidarische Stadtgesellschaft in Mitte“ soll auf drei Bürgerforen vorgestellt werden. Die Ergebnisse dieser Bürgerforen werden dokumentiert und gehen in die innerparteiliche Diskussion des Wahlprogrammes ein, das im Juni offiziell verabschiedet werden soll.

PM □

➔ Anregungen und Stellungnahmen können an die SPD Mitte in der Müllerstraße 163, 13353 Berlin, per Fax an 4692 136 oder per Mail an Mitte@SPD-Berlin.de geschickt werden. Aktuelle Termine kann man erfahren über die Website www.mitte.spd-berlin.de oder unter der Rufnummer 4692 130/131.

Ideen, Anregungen, Kritik

Beiträge zum Wahlprogramm

Eine Reihe von konkreten Vorschlägen zur Ergänzung des Wahlprogramms wurden auf der Internetseite www.berlin-miteinander.de eingetragen oder gingen in der Redaktion der Berliner Stimme ein.

■ **Karl-Heinz Niedermeyer** hat einen Entwurf für einen konkreten Textbeitrag vorgelegt (Platzierung: unter dem Titel Landesentwicklungspolitik auf S. 37 der gedruckten Fassung): Die SPD wird die Landesentwicklungspolitik auf der Grundlage des Ministerpräsidentenbeschlusses von 2008 zur Entwicklungspolitik der Länder und Kommunen und einer Aktualisierung der Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes Berlin fortentwickeln und strebt mittelfristig eine Rückgewinnung einer der Hauptstadtfunktion entsprechenden Spitzenstellung in diesem Politikfeld an. Mit der Verdopplung der Projektmittel für die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit wurden bereits gute Grundlagen für die Unterstützung des vielfältigen und von zahlreichen haupt- und ehrenamtlichen Aktivist/innen getragenen Engagements der in diesem Bereich tätigen Nichtregierungsorganisationen ge-



Programmdialog: Karl-Heinz Niedermeyer (r.)

legt. Die SPD wird die institutionelle Förderung in der Landesentwicklungspolitik stärker auf die Zivilgesellschaft konzentrieren. Sie Städtepartnerschaften des Landes Berlin werden wir stärker für die Entwicklung gemeinsamer an Ökologie und Nachhaltigkeit orientierte Problemlösungen zur Stadtentwicklung, zur Integration von Menschen mit unterschiedlicher kultureller Herkunft und zur Versorgung mit öffentlichen Gütern und Dienstleistungen nutzen. Die SPD setzt sich für haushaltswirksame Einstiege in die Projekte Eine-Welt-Haus und entwicklungspolitische Inlandsarbeit nach dem Promotorenmodell in der nächsten Legislaturperiode ein.

Die SPD tritt weiter für ein unabhängiges Kontrollorgan für die Einhaltung sowohl der Kriterien Mindestlohn und Gleichstellung als auch für die sozialen und ökologischen Kriterien des Vergabegesetzes ein. An der Schulung von Mitarbeiter/innen und Firmen in der Anwendung des Vergabegesetzes sollen entwicklungspolitische Fachpromotor/innen und Sachverständige aus den entwicklungspolitischen Organisationen beteiligt werden.

■ **A. Kölker:** Ohne Gleichstellung von Männern ist keine Gleichstellung von Frauen möglich. Es sei denn, manche sind gleicher als gleich. Genauso wie Frauen in der Arbeitswelt benachteiligt werden, werden auch immer noch Väter im Familienbereich und -recht, benachteiligt und im Trennungsfall aufgrund ihres Geschlechts benachteiligt. Väter werden mittels falscher Gewaltvorwürfe von ihren Kindern getrennt, zu Besuchspapas und Unterhaltszahlern degradiert und in das klassische Rollenmuster des Versorgers gedrängt. Statistiken belegen steigende Gewalt von Frauen gegen Männer, so dass je nach Auswertung schon fast ein Gleichstand erreicht ist. Eine falsch verstandene Form von Gleichberechtigung welche ignoriert wird und die echte Entwicklung zur Gleichstellung von Mann und Frau behindert. □

Landesvermögen:

Mehr Rechte für das Abgeordnetenhaus

Zustimmung zu Verkäufen soll auch bei Beteiligungen erforderlich werden

Das Abgeordnetenhaus von Berlin hat sich in § 64 der Landeshaushaltsordnung die Einwilligung zu zahlreichen Grundstücksgeschäften des Landes vorbehalten. Erwerb und Verkauf von Grundstücken bedürfen oberhalb bestimmter Betragsgrenzen ebenso seiner Einwilligung wie die Bestellung von Erbbaurechten. Seit dem Gesetz über die Vermögensverwaltung von Berlin vom 05. August 1952 (GVBl. S. 640) sind diese Rechte immer detaillierter ausgestaltet worden.

Zuletzt wurde mit dem Sechsten Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung vom 17. Dezember 2008 (GVBl. S. 477) festgelegt, dass Verkäufe nicht mehr ab 10 Mio. DM, sondern schon ab 3 Mio. € und Erbbaurechte nicht mehr ab einem Grundstückswert von 10 Mio. DM, sondern schon ab 3 Mio. € der Einwilligung des Abgeordnetenhauses bedürfen. Zusätzlich wurde bestimmt, dass bei Erbbaurechten unabhängig davon Laufzeiten von mehr als 40 Jahren (inklusive Verlängerungsoptionen) der Einwilligung bedürfen.

Der Hauptausschuß hatte diese ur-

sprünglich nicht vorgesehene (Abg.haus-Drs. Nr. 16/1851) Änderung initiiert (Abg.haus-Drs. Nr. 16/1996). Hintergrund war ein Konflikt mit dem damaligen Finanzsenator Dr. Thilo Sarrazin (SPD). Dieser hatte im Jahr 2008 zunächst versucht, eine Fläche von knapp 570.000 Quadratmetern für 3,6 Mio. € an den nutzenden Golf- und Land-Club Wannsee e.V. zu verkaufen (vgl. Abg.haus-Drs. Nr. 16/1177). Dies fand im Abgeordnetenhaus keine Zustimmung. Daraufhin verpachtete der Finanzsenator das Grundstück für 99 Jahre gegen eine Einmalzahlung von 3,045 Mio. €. Eine Einwilligung des Abgeordnetenhauses war nach damaliger Rechtslage dafür nicht erforderlich. Dieses novellierte reaktiv dann den § 64 wie skizziert.

Schaut man, angeregt durch die Debatte um den Verkauf der Berliner Immobilienholding (BIH), in den § 65 der Landeshaushaltsordnung, dann fällt auf, dass dort für Verkäufe von Beteiligungen des Landes keinerlei Betragsgrenzen vorgesehen sind. Bei der Veräußerung von Anteilen an Unternehmen ist lediglich dann die Einwilligung des Abgeordnetenhauses vorgese-

hen, wenn dadurch der Einfluß Berlins wesentlich verringert wird. Der unbestimmte Rechtsbegriff wesentlich kann, darf und muß jeweils ausgelegt werden. Im Konfliktfall ist das Geschäft gelaufen, ohne dass das Abgeordnetenhaus entscheiden durfte.

Hier ist proaktiv eine Ergänzung notwendig, welche den § 65 Abs. 6 Punkt 2 um eine Betragsgrenze ergänzt. Diese könnte analog zur Betragsgrenze für Verkäufe von Grundstücken mit 3 Mio. € festgesetzt werden. § 65 Abs. 6 Punkt 2. der Landeshaushaltsordnung in der Fassung vom 17. Dezember 2008 (GVBl. S. 477) stellt bislang nur fest, daß die Veräußerung von Anteilen an Unternehmen dann der Einwilligung des Abgeordnetenhauses bedarf, wenn dadurch der Einfluß Berlins wesentlich verringert wird. Hier sollte angefügt werden: „oder Anteile an Unternehmen mit einem Wert von mehr als 3 Mio. € veräußert werden.“ Beteiligungsverkäufe sind nicht weniger wichtig als Grundstücksverkäufe. Das Abgeordnetenhaus sollte hier nicht weniger Rechte haben.

Dr. Hans Willi Weitzen □

Finanzpolitik:

Von Hamburg lernen...

Martin Matz: Die Kompetenz für solide Finanzen liegt bei der SPD

Olaf Scholz hat sich mitten im Hamburger Wahlkampf zu einem scheinbar mutigen Schritt entschlossen: Er kündigte einen Sparkurs an. Er sagte dazu im Interview: „Wenn wir keine Studiengebühren und eine bessere und vor allem kostenlose Kita-Betreuung wollen, müssen wir an anderer Stelle sparen. Ich habe dazu Vorschläge gemacht, im Wahlkampf, was nicht immer populär ist, aber zur Wahrheit dazu gehört.“ (Frankfurter Rundschau, 3.2.2011)

WÄHLER SIND SCHLAUER

Wählerinnen und Wähler sind daran gewöhnt, dass es anders funktioniert: Politikerinnen und Politiker versprechen eine Menge im Wahlkampf, bleiben wolkig bei der Frage nach der Finanzierung und machen nach der Wahl einen „Kassensturz“. Bei diesem Kassensturz stellen sie dann überrascht fest, dass es für die im Wahlkampf versprochenen Wohltaten leider kein Geld gibt.

Da dieses Muster schon jahrzehntlang praktiziert wird, unterschätzt die Politik nur eines: Auch das „Wahlvolk“ hat inzwischen begriffen, was von kostspieligen Wahlversprechen zu halten ist: Nichts.

Der Wahlerfolg von Olaf Scholz und der Hamburger SPD wurde innerparteilich noch am Wahlabend unterschiedlich interpretiert. Sicher - ein großer Erfolg für Olaf Scholz löst Reflexe bei Parteiflügel aus. Dem entsprechend wird der Wahlerfolg mal zu einem rein regionalen Phänomen erklärt, mal nicht. Das ist nicht das Thema dieses Beitrages, denn Vernunft im Umgang mit öffentlichen Finanzen ist keine „Links-Rechts-Frage“ und es ist kein Versuch einer umfassenden Wahlanalyse.

Eine hohe Neuverschuldung führt unweigerlich zu hohen Zinslasten, die andere Ausgaben im Haushalt verdrängen. Berlin könnte im Jahr 2010 ohne die Zinslast für Schulden der Vergangenheit 2,2 Mrd. € weniger ausgegeben haben und aus dem Defizit von 1,4 Mrd. € einen Überschuss von 800 Mio. € machen. Diese 800 Mio. € könnten für Bildung, Soziales oder andere Politikschwerpunkte eingesetzt werden - wenn man sie hätte. Verschuldung engt zukünftige politische Spielräume ein.

Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten interessant ist auch die Frage, wie die Umverteilungswirkung von 2,2 Mrd. € Zinslasten ist. Das Geld wird überwiegend durch Steuerzahlungen von Normalverdiener-Haushalten aufgebracht,



Martin Matz ist Vorsitzender der SPD Lichterfelde-West und war von 2001-2006 Hauptausschussmitglied im Berliner Abgeordnetenhaus.

aber es landet als Zinseinnahmen bei Banken und bei vermögenden Privatpersonen. Zinszahlungen der öffentlichen Hand sind das Gegenteil von Umverteilung von oben nach unten, mit der man Vermögensunterschiede relativieren könnte. Zinszahlungen fließen direkt in die Kassen derer, die über große Kapitalsummen verfügen und froh sind über risikoarme Anlagemöglichkeiten.

HAUSHALTSPROBLEM BLEIBT

Im Falle Berlins bleibt solide Haushaltspolitik eine schwierige Aufgabe. Berlin hat seit 2002 eine beispiellose Sanierung hinter sich gebracht. Aufgrund des Wegfalls der „Solidarpaktmittel“ besteht aber weiter Jahr für Jahr Bedarf, eine ansteigende Neuverschuldung zu verhindern.

Und die Sozialausgaben steigen weiter, obwohl Berlin ein höheres Wirtschaftswachstum erzielt als der Bundesdurchschnitt und mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen werden als anderswo. Aber infolge langjähriger Arbeitslosigkeit steigt auch die Zahl der Grundsicherungsempfängerinnen und -empfänger an. 2009 waren es 11,6 % mehr als 2007. Hilfe zur Pflege, Kosten der Unterkunft, Eingliederungshilfen und Hilfen zur Erziehung entwickeln sich ähnlich.

Hier stellt sich die Frage, wie man den Anstieg der Sozialausgaben dämpfen kann, ohne dies mit Einschränkungen für die Betroffenen zu verbinden. Berlin erstattet beispielsweise Anfahrtswege für Pflegedienste mehrfach oder zieht bisher keine Konsequenzen daraus, dass die Kostensätze bei entgeltfinanzierten Sozialleistungen zumindest dann deutlich zu hoch sind, wenn die Kapazitäten ausgelastet sind.

Sozialtransfers müssen also genauso wie Zuschüsse und Zuwendungen oder Perso-

nalausgaben kritisch begleitet werden, wenn man mit den vorhandenen Einnahmen „hinkommen will“. Gleichzeitig bleibt die Forderung, Länder und Kommunen ordentlich finanziell auszustatten.

Die Einigung zwischen Bund und Ländern zu den Regelsätzen beinhaltet jetzt eine komplette Übernahme der Grundsicherungskosten durch den Bund. Dennoch bleibt der größere Teil der steigenden Sozialausgaben bei den Kommunen und die Politik von Schwarzgelb wird weiterhin nicht dazu führen, Gutverdiener und Vermögende angemessen an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben zu beteiligten - inklusive der Folgen der Finanzkrise. Aber unabhängig von den berechtigten politischen Forderungen bleibt die jährliche realpolitische Herausforderung, auf Basis tatsächlicher Einnahmen nicht in die Neuverschuldung zu flüchten.

SOLIDE FINANZEN ALS SPD-MARKENZEICHEN

Entscheidend ist die Grundhaltung zum Thema solide Finanzen. Es verbreitet sich ein wenig die Haltung in der Partei, nun hätten wir mal genug gespart. Seit 2002 ist es aber ein Teil des Erfolgs der SPD, dass sie eher als die CDU für einen sparsamen Umgang mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler steht. Die Menschen wollen das. Früher konnten Konservative im Wahlkampf recht einfach signalisieren, „die Sozis könnten ja nicht mit Geld umgehen“. Im Berliner Bankenskandal und bei der Hamburger Elbphilharmonie hat sich die CDU selber um ihre Kompetenz gebracht. Darauf baute nach 2001 die Chance der Berliner SPD auf, die Kompetenz für solide Finanzen bei sich anzusiedeln - die Hamburger machen es mit Olaf Scholz jetzt eigentlich nur nach.

Obwohl Scholz seinen potenziellen Wählerinnen und Wählern Einsparungen angekündigt hatte, geht er beim Thema Länderfinanzausgleich nicht den Weg der süddeutschen Bundesländer. „Solche Klagen lassen Zweifel an der moralischen Haltung dieser Länder aufkommen.“ Hier ist der Unterschied zwischen sozialdemokratischer Finanzpolitik und der unsolidarischen Haltung CDU-regierter Länder zu sehen.

Unter Wahlkampfbedingungen bekennt sich der Kandidat zu den Verpflichtungen seines Landes als Geber im Länderfinanzausgleich und mutet seinen Wählerinnen und Wählern ein Sparprogramm zu - anschließend wird er mit 48,4 % gewählt. Wer unter diesen Umständen noch daran glaubt, dass Wähler nichts von Politik verstehen oder sogar „beschupst werden wollen“, der hat nicht verstanden, wie wichtig der solide Umgang mit den öffentlichen Finanzen für die Bevölkerung geworden ist.

Martin Matz □

Im Haus des linken Vordenkers

Der Bundesverband der „Falken“ kommt nach Friedenau - Straßenfest am 12. März

Es ist ein historischer Ort, an den die Falken jetzt mit ihrer Bundesgeschäftsstelle ziehen. Vor mehr als hundert Jahren wohnten in der Friedenauer Saarstraße 14 der linke Vordenker der Sozialdemokratie Karl Kautsky und seine Frau Luise. Zu ihren regelmäßigen Besuchern gehörten August Bebel oder Rosa Luxemburg.

Am Sonnabend, dem 12. März, feiern die Falken ihre Ankunft in der Saarstraße, die zu einer Bildungs- und Begegnungsstätte für den Verband und befreundete Organisationen werden soll, geeignet für Seminare, Fachgespräche und Begegnungen.

Darüber hinaus soll das Wirken von Luise und Karl Kautsky vorgestellt werden, die von 1900 bis 1902 in diesem Haus wohnten und arbeiteten. Das Haus wird nach ihnen



Saarstraße 14: Die neue Bundesgeschäftsstelle der Falken. Foto: Horb

benannt, ihre Arbeit soll mit einer Ausstellung und einer umfangreichen Bibliothek mit dem Schwerpunkt Luise und Karl

Kautsky, eingerichtet in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, gewürdigt werden.

„Die Falken“ planen neben einem offiziellen Festakt für den 12. März nachmittags ein Straßenfest vor dem Luise & Karl Kautsky-Haus für alle, die vorbeikommen möchten und einen ersten Blick in das neue alte Schmuckstück werfen wollen. -

Die SJD - Die Falken sind ein Verband mit einer über 100-jährigen Geschichte, der die Interessen von Kindern und Jugendlichen vertritt. Er organisiert gemeinsam mit den Kindern Gruppenarbeit im Stadtteil, Zeltlager und Ferienfreizeiten, politische Seminare und Aktionen. Soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und die Durchsetzung von Freiheit und Frieden stehen im Vordergrund der Arbeit. **Eva Liebchen** □

„Tapfere Verfechterin unserer Ideale“

Luise Kautsky war mehr als die „Frau an seiner Seite“

Wenn Männer in Anerkennung ihrer großen Leistungen gefeiert werden, pflegen sie oft zu antworten, dass ihre Arbeit nur mit dem Beistand ihrer Lebensgefährtin getan werden konnte. So auch der sozialistische Schriftsteller und Wissenschaftler Karl Kautsky (1854 - 1938), dem es viele junge Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten um die Jahrhundertwende 1900 - wie eine Zeitzeugin berichtet - verdanken, dass sie die sozialistische Ideenwelt verstehen lernten.

Luise hätte sich schon um die Arbeiterbewegung verdient gemacht, wenn sie dem intensiv arbeitenden Schriftsteller, der nicht gerade von robuster Gesundheit war, eine ruhige und harmonische Atmosphäre geschaffen hätte. Sie wurde am 11. August 1864 in Wien geboren und war schon bewusste Sozialistin als sie Karl Kautsky kennen lernte. Ihre Eltern hatten eine Konditorei und sie wuchs in einem großen und wohlhabenden jüdischen Haushalt auf, in dem sie auch die Romanschriftstellerin und glühende Sozialistin Minna Kautsky, die Mutter von Karl Kautsky, kennen lernte und später über sie ihren Mann. Die 26-jährige wurde die Frau des um zehn Jahre älteren Karl Kautsky, der damals schon die Zeitschrift „Die neue Zeit“ herausgab. Vom Beginn dieser 1890 geschlossenen Ehe an, hatte sich Luise Kautsky mit allem vertraut gemacht, woran ihr Mann arbeitete. Wegen der Unfreiheit auf dem europäischen Kontinent wollten sie nach England auswandern. Da fiel das Sozialistengesetz in Deutschland und sie siedel-



Luise und Karl Kautsky. Foto: Falken-Archiv

ten erst nach Stuttgart, wo ihnen drei Söhne geboren wurden, dann nach Berlin über. Zahlreiche Besucher aus aller Welt fanden sich fast täglich in ihrem Haus ein und schildern Luise Kautsky als eine lebenswürdige, geistvolle Gastgeberin. August Bebel, der am nahen Innsbrucker Platz wohnte, war fast jeden Sonntag Abendgast. Darüber hinaus verstand sie es aber auch, freundschaftliche Verbindungen auch dann aufrecht zu erhalten, wenn sie durch politische Meinungsverschiedenheiten gefährdet waren, wie zum Beispiel mit Rosa Luxemburg, für die sie mit Wärme eintrat, auch wenn sich ihre politischen Wege getrennt hatten. Die „Briefe Rosa Luxemburgs an Luise Kautsky“ haben weitgehend die öffentliche Meinung über Rosa Luxemburg positiv beeinflusst. Zahlreiche

wertvolle Übersetzungen zum wissenschaftlichen Sozialismus zeigen, dass Luise mit der Problematik des Themas völlig vertraut war. Eine nicht zu Ende geführte Autobiografie und Lebensskizzen von Frauen aus der Internationale, die leider verschollen sind, würden uns sicherlich noch mehr über ihre engagierte Arbeit erzählen. -

In den Wirren des Ersten Weltkriegs gingen die Kautskys zurück nach Wien. Später als Hitler Wien eroberte, nach Prag und von da nach Amsterdam. Dort ist Kautsky 1938, 84-jährig, gestorben, bis zuletzt umsorgt und gepflegt von seiner Frau. Die beiden ältesten Söhne waren im Ausland in Sicherheit, aber der jüngste kam in eines von Hitlers Konzentrationslagern, weshalb sich Luise nicht entschließen konnte, der Einladung von Freunden nach England zu folgen. Wenige Tage nach ihrem 80. Geburtstag wurde auch sie verhaftet und nach Auschwitz gebracht, wo sich auch ihr Sohn befand, den sie aber nicht mehr wiedersah. Im November 1944 starb sie nach einem anstrengenden Transport innerhalb des Lager. Es gibt kein Grab für sie, aber einen Stolperstein in der Charlottenburger Windscheidstraße 31, wo die Kautskys ebenfalls eine Zeitlang wohnten. Und eine Widmung Karl Kautskys in einem seiner Bücher: „Diese Buch widme ich meiner teuren Luise, der Mutter meiner Söhne, dem treuen Kameraden, der unermüdlichen und verständnisvollen Helferin bei meiner Arbeit, der begeisterten und tapferen Verfechterin unserer gemeinsamen Ideale.“

Eva Liebchen □

Nachruf:

„Er stärkte den Zusammenhalt Berlins“

Trauer um Dietrich Stobbe: Der frühere Regierende Bürgermeister starb im Alter von 72 Jahren

Mit einer Trauerfeier im Französischen Dom wird am kommenden Mittwoch um 12.00 Uhr Abschied von Dietrich Stobbe genommen. Der ehemalige Regierende Bürgermeister, Abgeordneter und SPD-Landesvorsitzende war am 19. Februar nach längerer schwerer Krankheit verstorben.

„Berlin hat seinem früheren Regierenden Bürgermeister viel zu verdanken“, schrieb Klaus Wowereit in seinem Kondolenzbrief an die Familien von Dietrich Stobbe. Nach dem Studium an der FU Berlin sei Stobbe bereits in jungen Jahren in die Politik gegangen, er habe sich auf allen Ebenen – vom Bezirk über das Abgeordnetenhaus und den Senat bis hin zum Deutschen Bundestag – für Berlin engagiert. „Stobbes Wahl zum Regierenden Bürgermeister im Jahr 1977 habe“, so Klaus Wowereit, „viele Hoffnungen auf Erneuerung“ ausgelöst. „Nachdem lange Zeit die Auseinandersetzung mit dem Status des geteilten Berlins im Zentrum der Politik gestanden hatte, rückte er die Entwicklung der Stadt selbst in den Fokus.“

Klaus Wowereit würdigte Dietrich Stobbe als Freund der Stadt, der sie in schwierigen Jahren der Teilung mit Augenmaß geführt habe, sowie als engagierten Menschen, der weit über seine Amtszeit hinaus wichtige Impulse für die deutsche Hauptstadt gegeben habe. Auch nach seinen Jahren als Regierungschef habe er aktiv das



Dietrich Stobbe mit seinem Amtsvorgänger Klaus Schütz. Foto: Duclos

Leben in der Stadt geprägt und dabei insbesondere den Zusammenhalt in Berlin gestärkt, so Wowereit. Die Stadt werde ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Walter Momper, Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, wies auf die bleibenden Verdienste Stobbes hin, zu denen seine Stadtentwicklungspolitik und die Absicherung der Transitabkommen gehörten.

Dietrich Stobbe wurde am 25. März 1938 im damals ostpreußischen Weepers geboren. Im niedersächsischen Stade machte er sein Abitur und kam dann zum Studium der Politikwissenschaften an die Freie Universität Berlin. 1960 trat er in die SPD ein, nach dem Studium wird er SPD-Kreis-

ekretär in Charlottenburg. Dann holt ihn Kurt Neubauer 1962 als persönlichen Referenten in seine Verwaltung.

1967 zog er ins Berliner Abgeordnetenhaus ein, 1973 wurde er im Senat von Klaus Schütz Senator für Bundesangelegenheiten. Am 2. Mai 1977 wurde er in das Amt des Regierenden Bürgermeisters gewählt. Die politische Situation Berlins hat sich normalisiert. Für Stobbe bietet das Gelegenheit, sich der Stadtpolitik zuzuwenden, Verwaltungsreformen und verkehrsplanerische Fragen stehen auf der Tagesordnung. Unter seiner Führung wird auch das erste Ausländerkonzept für Berlin erarbeitet.

Nach den Wahlen zum Abgeordnetenhaus vom März 1979 wurde Stobbe als Regierender Bürgermeister wiedergewählt. Am 15. Januar 1981 trat Dietrich Stobbe mit dem gesamten Senat zurück. „Ich habe mit meinem Vorschlag für die Senatumbildung, den ich mit den Koalitionsfraktionen in aller Sorgfalt abgestimmt hatte, im Abgeordnetenhaus von Berlin keine Mehrheit gefunden. Ich ziehe daraus die politische Konsequenz meines Rücktritts“, erklärt Stobbe. 1983 zog er für die SPD als Abgeordneter in den Bundestag ein, wo er bis 1990 Mitglied des Auswärtigen Ausschusses war. Danach entschied er sich für eine Tätigkeit außerhalb der Politik, blieb der Stadt als Bürger, Freund und Berater aber verbunden. **BS □**

Gesundheitspolitiker mit Weitsicht

Der ehemalige Weddingener Abgeordnete Hans Mertsch starb im Alter von 83 Jahren

Abgeordnetenhauspräsident Walter Momper hat den am 8. Februar 2011 im Alter von 83 Jahren verstorbenen früheren SPD-Abgeordneten Hans Mertsch gewürdigt. Mertsch war Mitglied der Weddingener Abteilung Schillerpark.

Mit Hans Mertsch verliert Berlin einen engagierten Politiker, der jahrzehntelang in der Landes- und Kommunalpolitik unserer Stadt tätig war.

Hans Mertsch wurde am 15. April 1927 in Berlin geboren und ging nach der Oberschule in eine kaufmännische Lehre. Von 1944 bis 1945 musste er in der Wehrmacht dienen und geriet in Gefangenschaft. 1946 trat er eine Verwaltungslehre in Berlin an und studierte später berufsbegleitend an der Deutschen Hochschule für Politik. Beruflich war er im Bezirksamt Wedding tätig und stieg zum stellvertretenden Verwaltungsleiter des Städtischen Rudolf-Virchow Krankenhauses auf.

Hans Mertsch war verheiratet und hatte zwei Kinder. 1946 trat er in den FDGB ein, war Mitbegründer der unabhängigen Gewerkschaftsorganisation (UGO) und später Mitglied der ÖTV sowie der Arbeiterwohlfahrt.

Seine politische Arbeit begann Hans Mertsch bei den Weddingener Falken, wo er nach der Wiedezulassung 1945 Kreisvorsitzender wurde. 1946 trat er in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ein. Er diente seiner Partei unter anderem als Abteilungskassierer, Abteilungsvorsitzender, im Weddingener Kreisvorstand und viele Jahre als Kreis- und Landesdelegierter.

Von 1971 bis 1985 gehörte er als Mitglied der SPD-Fraktion dem Abgeordnetenhaus von Berlin an. Die Gesundheitspolitik war sein Feld, er arbeitete als Vorsitzender und Sprecher im Ausschuss für Gesundheit und Umweltschutz. Außerdem war er Mitglied im Ausschuss für Familie, Jugend und

Sport, wo er auch stellvertretender Vorsitzender war.

Er war einer der Ersten in der Berliner Gesundheitspolitik, der in den früheren 70er Jahren die furchtbaren epidemischen Folgen der Immunschwäche AIDS erkannte, was damals nicht selbstverständlich war. Er setzte sich für Aufklärung und Prävention ein, weil das der einzige wirkliche Schutz vor der Infektion mit dem Virus war – und ist.

Hans Mertsch war ein ruhiger und sachlicher Mensch. Laute Polemik lehnte er ab. Er arbeitete zielstrebig für die Verbesserung der Lebensumstände der Berlinerinnen und Berliner.

Seinem Heimatbezirk Wedding, in dem sich auch sein Wahlkreis befand, blieb er sein Leben lang verbunden. Hans Mertsch und seine Arbeit waren über den Kreis der eigenen Fraktion anerkannt und geschätzt.

Walter Momper □

„Agent und Anleiter für Umweltpolitik“

Nachruf auf Karl Otto Henseling - geboren am 26.6.1945, gestorben am 28.01.2011

1977 hatten wir in Dahlem einen besonders interessanten Neueintritt in die SPD, ein junger Lehrer mit engagierter Frau, interessanten Kindern, die bald gut in unsere sich entwickelnde Kindergruppen passten. Mit ihnen tobte ich bald im Thielpark. Zu den Themen unserer Falken-Kindergruppe gehörte das benachbarte Fritz-Haber-Institut, dessen Umbenennung in Clara-Immerwahr-Institut wir forderten. Die inhaltliche Vorbereitung und Aufklärung machte Karl-Otto Henseling.

Fritz Haber hatte im 1. Weltkrieg Giftgas entwickelt und zum Einsatz gebracht. Gegen diesen Einsatz hatte seine Frau Clara Immerwahr interveniert, die deshalb Selbstmord beging. Für diesen Giftgas-Einsatz wurde Haber international als Kriegsverbrecher geächtet.

Das Lehrerdasein alleine reichte Karl-Otto nicht, er entwickelte Lehrpläne für Chemie und konzipierte Ausbildung von Chemielehrern. Von ihm gelernt haben wir sehr schnell den Zusammenhang von Kon-

zentrationenlagern und die räumliche Nähe von Großindustrie, vor allem Chemieindustrie zu analysieren und zu thematisieren.

Karl-Otto wurde 1982/83 Dahlemer SPD-Vorsitzender und gestaltete wesentlich die inhaltliche Arbeit unserer Abteilung. Aus gesundheitlichen Gründen legte er den Vorsitz nieder, der Kontakt blieb eng und befruchtend. Die Kinder und die gesamte Nachbarschaft blieben lange Jahre Träger unserer Zehlendorfer Falkenarbeit. Karl-Ottos Schwerpunkte waren nachvollziehbar andere als das Anleiten parteipolitischer Initiative oder einer SPD-Abteilung.

Er war und wurde immer mehr Agent und Anleiter von Umweltpolitik. Parteipolitische Grenzen oder Berührungängste hatte er dabei nie. Er war immer ein wichtiges Bindeglied zwischen Umwelt- und Friedenspolitik, zwischen politisch vielen fortschrittlichen emanzipatorischen Richtungen. Kaum jemand hat in Steglitz-Zehlendorf die Diskussion über eine nachhaltige Wirtschaft so beeinflusst wie Karl Otto Henseling. Er war in den 80ern ein Vordenker

der Diskussion über die Ausrichtung der Chemieindustrie, vor allem der Chlorchemie und hat mit seinem Buch „Ein Planet wird vergiftet“ (RoRoRo aktuell, 1992) maßgeblich zum Verbot von PVC in öffentlichen Gebäuden Berlins beigetragen und geholfen, die Zusammenhänge zu verstehen.

Engagiert im BUND prägte er in der AK „Umweltchemikalien Toxikologie“ die chemiepolitische Diskussion der 80er- und 90er Jahre. In der Enquête-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des Deutschen Bundestages hat er ab 1992 dazu beigetragen, ein neues Kapitel der Stoffpolitik aufzuschlagen, hin zur systematischen Betrachtung von Stoffströmen von der Wiege bis zur Bahre. Die Erfahrungen aus 20 Jahren Stoffpolitik bündelt sein 2008 erschienenes Buch „Am Ende des fossilen Zeitalters“. Karl Otto Henseling hat sein Haus bestellt, bevor er uns verließ. Er hat alle Texte auf der Internetseite www.Karl-Otto-Henseling.de für uns hinterlegt. Eine Quelle sehr nützlicher Erkenntnisse. **Burkhard Zimmermann** □

**Aus Datenschutzgründen
nicht in der
Internetversion enthalten**

Doris Schneider verstorben

Reinickendorfer SPD trauert um frühere Abgeordnete

Die langjährige Reinickendorfer SPD-Bezirksverordnete und Abgeordnete Doris Schneider ist am 21. Februar nach langer schwerer Krankheit verstorben.

Doris Schneider wurde am 9. September 1934 geboren. Politisch aktiv wurde sie in den sechziger Jahren, als die beiden Töchter Martina und Claudia aus ihrer Ehe mit Hannes Schneider in die Schule kamen. Doris Schneider wurde Elternsprecherin an der Heiligenseer Erpelgrundschule. Sie fand den Weg in die Sozialdemokratie und widmete sich verstärkt schulpolitischen Themen, daneben aber auch in der neu gegründeten Arbeitsgemeinschaft der Frau-

en in der SPD der Förderung von Frauen in der Politik. Über ein Jahrzehnt war sie dann stellvertretende Kreisvorsitzende der Reinickendorfer SPD, wurde Bezirksverordnete (1979-1985), zog anschließend ins Abgeordnetenhaus ein, dem sie bis 1992 angehörte. In beiden Gremien wurde sie die schulpolitische Sprecherin. Als Berliner Mitglied des Bundesparteirats begegnete sie Willy Brandt, Helmut Schmidt und Herbert Wehner. Ihre tiefe humanistische Bildung und gewaltige Belesenheit ließen sie zu einer faszinierenden Gesprächspartnerin werden. Auch nach ihrem Ausscheiden aus der aktiven Politik.

U. S. □

Veranstaltungen des August-Bebel-Instituts

■ So 20. März 2011, 14-16 Uhr [Q81]. **100 Jahre Internationaler Frauentag** - Eine historische Spurensuche durch Berlin-Mitte. Von den Ursprüngen bis zur Gegenwart. Thematische Stadtführung

■ Sa 26. März 2011, 10-17 Uhr [Q36]. **Gutes tun - und darüber für Presse und Internet schreiben.** Seminar zur Öffentlichkeitsarbeit. **BS □**

➡ Das vollständige Programm, Auskunft zu den Veranstaltungen und Anmeldungen per Mail unter kontakt@august-bebel-institut.de oder telefonisch unter 4692-121. Mehr im Internet: www.august-bebel-institut.de

TERMINE

■ 05.03.2011, 12:00, SPD Mitte - Abt. Moabit-Nord, **Aktion zum 100. Weltfrauentag vor dem Rathaus Tiergarten**, Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin

■ 05.03.2011, 10:00 - 12:00, SPD Neukölln - Abt. Rixdorf, **Frühstück und Informationen für Arbeitslose** mit Kirsten Flesch, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Kiosk am Reuterplatz, Reuter-Ecke, Weserstraße, 12047 Berlin

■ 07.03.2011, 19:00, **Das kommunale Wahlprogramm**, SPD Mitte - Abt. Moabit-Nord Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin. Interessierte Nichtmitglieder werden gebeten, sich über das Kontaktformular anzumelden: www.spd-moabit-nord.de/contact.

■ 08.03.2011, 19:30, **Thierse trifft ... Professor Stephan Braunfels**, Architekt besonderer Bauprojekte und Opernliebhaber, Kulturbrauerei, Soda-Salon, Knaack- oder, Sredzkistraße, 10435 Berlin

■ 08.03.2011, 17:00 - 17:30, AsF Charlottenburg-Wilmersdorf, **Internationaler Frauentag: Klaus Wowereit und AsF verteilen Rosen**, Wilmersdorfer Straße Ecke, Pestalozzistraße, 10627 Berlin

■ 08.03.2011, 08:00 - 20:00 **Mechthild Rawert am Internationalen Frauentag mit Rosen unterwegs.** Vom U-Bahnhof Friedrich-Wilhelm-Platz (8 - 9 Uhr) bis zum Einkaufszentrum Tempelhofer Hafen (18.30 - 20 Uhr).

■ 08.03.2011, 18:00 SPD Treptow-Köpenick, Buchvorstellung: **Spreeperlen - Berlin: Stadt der Frauen**, mit Dr. Gabriele Kämper, Leiterin der Geschäftsstelle Gleichstellung/Gender Mainstreaming bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen und einem Grußwort von Gabriele Schöttler, Bezirksbürgermeisterin, SPD Kreisbüro Treptow-Köpenick - Gartenhaus, Grünauer Str. 8, 12557 Berlin

■ 08.03.2011, 19:00, **Diskussion - „Feminismus und morgen?“** vorwärts | Buch, Willy-

Brandt-Haus, Stresemannstraße 29, 10963 Berlin. Am 8. März, dem Internationalen Frauentag, stellt Doris Schröder-Köpf das neue Buch von Inge Wettig-Danielmeier und Katharina Oerter, „Feminismus und morgen?“ im Willy-Brandt-Haus vor.

■ 08.03.2011, 19:30, **ÖPNV in Berlin - das S-Bahn-Debakel und kein Ende?** mit Christian Gaebler, MdB, Verkehrspolitischer Sprecher der SPD im Berliner Abgeordnetenhaus, SPD Charlottenburg-Wilmersdorf - Abt. 71, AWO-Treff, Reichweindamm 6, 13627 Berlin

■ 08.03.2011, 08:00 **Preisverleihung: „Frauenfreundliches Wilmersdorf“ am Monika Thiemen**, SPD Charlottenburg-Wilmersdorf - Abt. 98, Rathaus Wilmersdorf, Hohenzollern-damm 4, 10713 Berlin. Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister von Berlin, wird den frauenpolitischen Preis übergeben.

■ 08.03.2011, 18:30, **Gedenkveranstaltung zum Geburtstag von Mathilde Jacob**, SPD Mitte - Abt. Moabit-Nord, Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin

■ 09.03.2011, 19:30, **Sinti und Roma in Deutschland und in Europa**, mit Prof. Dr. Kramer, FU-Berlin, Hamze Bytyci, Bundesvorsitzender der Sinti und Roma Jugendorganisation. SPD Tempelhof-Schöneberg - AG Migration, Rathaus Schöneberg, John-F.-Kennedy-Platz, 10825 Berlin

■ 09.03.2011, 18:00 - 20:00, **Schulinspektion:** Wie sind die bisherigen Erfahrungen? Wie können Schulinspektionen sinnvoll weiterentwickelt werden? Felicitas Tesch, MdB / Fachausschuss Stadt des Wissens, AG Schule und AfB-Landesvorstand; Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 320, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

■ 12.03.2011, 16:00; **Politiktalk zum 100. Weltfrauentag;** ASF Treptow-Köpenick; Zentrum für Demokratie, Michael-Brückner-Str. 1, 12439 Berlin

■ 12.03.2011, 10:00 - 17:00, SPD Treptow-Köpenick, **NPD ade ... Treptow-Köpenick mit Courage - Unser Bezirk ohne Rassismus!** Zukunftswerkstatt für ein demokratischeres

und toleranteres Treptow-Köpenick. Teilnahme bitte per mail anmelden oder im SPD-Kreisbüro, Tel.: 65496204, Jugendzentrum Johannisthal, Winkelmannstr. 56, 12487 Berlin

■ 13.03.2011, 10:00 - 12:00; **Politischer Frühshoppen: Medizinische Versorgung in Treptow Köpenick.** mit Vertretern des DRK Klinikums Köpenick, des Krankenhaus Hedwigshöhe, dem gesundheitspolitischen Sprechers der SPD Thomas Isenberg und dem Abgeordnete Robert Schaddach. SPD Treptow-Köpenick, Rathaus Köpenick - Ratskeller, Alt-Köpenick 21, 12555 Berlin

■ 15.03.2011, 19:00, **Biomasse - ein klimaverträglicher Energieträger für Berlin?** Mit Dr. Ulrich Wiegand, ICU Ingenieurconsulting Umwelt und Bau, Andreas Jarfe, Geschäftsführer des BUND Berlin, Carsten Henselek, Vorsitzender des Fachverbands Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Berlin-Brandenburg, Thomas Rücker, BSR, Daniel Buchholz, MdB / Fachausschuss Umwelt, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 388, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

■ 16.03.2011, 18:00 - 20:00, **Schulgespräch vor Ort: Inklusion**, mit Prof. Dr. Ulf Preuss-Lausitz (u.a. Mitglied des Sprecherrats des Expertisenkreises „Inklusive Bildung der Deutschen UNESCO-Kommission“), AfB Charlottenburg-Wilmersdorf, Peter-Jordan-Schule, Nehringsstraße 9, 14059 Berlin

■ 17.03.2011, 19:30, **Arm trotz Arbeit - Deutschland ein Niedriglohnsektor?** SPD Friedrichshain-Kreuzberg - Luisenstadt und Forum DL 21, AWO Café, Oranienstraße 69, 10969 Berlin

■ 18.03.2011, 18:00, **Von der Weimarer Republik über das Dritte Reich bis zur Ära Adenauer** - Fragen einer kontinuierlichen Entwicklung, Dr. Konrad von der Gablentz liest aus seinem gerade fertig gestellten Buch. SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Seenplatte, Truman-Villa, Friedrich-Naumann-Stiftung, Karl-Marx-Str. 2, 14482 Potsdam

■ weitere Termine unter www.spd-berlin.de/termine

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Der MoMa-Kompass

Zeichnungen aus dem Museum of Modern Art New York

Im Internet hat der Vorverkauf bereits im Februar begonnen und langsam schließen sich dort die „Zeitfenster“, die einen einfachen und bequemen Einlass in den Martin-Gropius-Bau ermöglichen. „Kompass - Zeichnungen aus dem Museum of Modern Art New York“ heißt die Ausstellung, die dort am 11. März eröffnet wird. Und mit Warteschlangen vor dem Martin-Gropius-Bau muss wohl wieder gerechnet werden, wenn Bestände des MOMA nach Berlin kommen.

Bis Ende Mai sind mehr als 250 Zeichnungen von 120 Künstlerinnen und Künstlern zu sehen. Es ist ein Zehntel des Gesamtbestands der „Judith Rothschild Foundation Contemporary Drawings Collection“, einer Sammlung, die zwischen 2003 und 2005 mit dem hohen Anspruch zusammengetragen wurde, „einen allgemeinen und umfassenden Überblick über die Zeichnung als künstlerisches Medium in all seinen Funktionen, Stilen und materiellen Ausdrucksformen zu vermitteln“. Entsprechend unterschiedlich sind die Arbeiten: Mal ist es einfaches Gekritzeln ohne Absicht einer Vollendung, mal sind es genaue Konstruktionen oder vollendete Monumentalarbeiten. Nicht weniger unterschiedlich sind die eingesetzten Materialien. Wasserfarben und Gouache finden sich da neben Erde, Ruß und Nahrungsmitteln.

Die Sammlung, die Arbeiten aus den 1950er Jahren bis zum Jahre 2005 vereint, zeigt zwei unterschiedliche Entwicklungstendenzen: Die gegenständlichen Darstellungsformen und die abstrakten, minimalen und konzeptuellen Ansätze. Die neueren Arbeiten geben Einblick in eine Entwicklung, bei der Papier nicht bloß als Untergrund benutzt wird, sondern als Material und Quelle. „Collage- und Assemblage-Techniken nehmen zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine besonders wichti-



Amelie von Wulffen, *German, Untitled, 2003 Cut-and-pasted chromogenic color print, synthetic polymer paint, and ink on paper, © 2011 Amelie von Wulffen*

ge Rolle in der Produktion ein“, so die Ausstellungsmacher.

Vertreten sind Arbeiten vieler großer Künstler des Zwanzigsten Jahrhunderts, darunter Jasper Johns, Robert Rauschenberg, Donald Judd, Agnes Martin, Edward Ruscha, Lee Bontecou, Hanne Darboven, Martin Kippenberger, Sherrie Levine und Paul McCarthy, einer Reihe bekannter zeitgenössischer Künstler wie Kai Althoff, John Currin, Arturo Herrera, Elisabeth Peyton, Lucy McKenzie und Paulina Olowka, sowie neu in die Sammlung des Museums aufgenommene Künstler wie Christian Holstad, Nick Mauss, Seb Patane und Amelie von Wulffen. Sie sind alle in dieser Ausstellung mit eigenen Arbeiten vertreten.

PM/BS □

➡ The Judith Rothschild Foundation Contemporary Drawings Collection, 11. März bis 29. Mai 2011, im Martin-Gropius-Bau, Niederkirchnerstr. 7, 10963 Berlin. Öffnungszeiten: Mittwoch bis Montag 10 - 20 Uhr, Di geschlossen. Ostern und Di nach Ostern (26.4.2011) geöffnet von 10 - 20 Uhr

➡ Kartenreservierung im Internet: www.martin-gropius-bau.de

KULTURTIPPS

Freie Volksbühne ehrt den 100. Internationalen Frauentag. Der Internationale Frauentag wurde durch Clara Zetkin initiiert und fand das erste Mal am 19. März 1911 statt. Millionen von Frauen in Dänemark, Deutschland, Österreich, der Schweiz und den USA beteiligten sich. Am 7. März, dem Vorabend des diesjährigen Frauentags, lädt die Freie Volksbühne im Rahmen ihrer „Montagskultur“-Reihe zu einem musikalischen Erinnerungsabend.

Die Schauspielerinnen Angelika Warning und Silke Lange am Akkordeon präsentieren Ansichten und Einsichten über eine berühmte Frauenrechtlerin in Lied und Text. Eine Hommage an eine einflussreiche sozialistische Politikerin, Kämpferin und Frau, Clara Zetkin.

Angelika Warning ist freiberufliche Schauspielerin und inzwischen vor allem als Solokünstlerin mit Bühnenprogrammen und Lesungen unterwegs: Zarah Leander – Diva der Deutschen, Lesungen zu Elfriede Jelinek, Marieluise Fleißer, Ruth Berlau, Elisabeth Hauptmann und vielen mehr. Die Produktion „Heute Abend: Lola Blau“, ein Solomusical über eine jüdische Künstlerin, lief im April 2010 erfolgreich in der Freien Volksbühne Berlin.

Silke Lange lebt als freischaffende Musikerin in Berlin. Ihr musikalisches Tätigkeitsfeld reicht von Neuer Musik über Chanson, Tango bis zur Theaterarbeit (u. a. Deutsches Theater Berlin), improvisierter Musik und szenischen Projekten.

➡ „Clara Zetkin – Befreiungssehnsüchtige“, Montag, den 7. März 2011 um 19.30 Uhr, Freie Volksbühne Berlin e. V., Ruhrstraße 6, 10709 Berlin, U-Bahn Konstanzer Straße.

➡ Die Karten kosten 12,- Euro (ermäßigt für Mitglieder und andere Ermäßigungsberechtigte 10,- Euro) bei der Freien Volksbühne Berlin. Telefon (030) 86 00 93 51. Mail: service@lustaufkultur.de